



SEESTADT BREMERHAVEN

Stadtverordnetenversammlung

Niederschrift

**über die
1. öffentliche Sitzung
in der 21. Wahlperiode**

am 04.07.2023

KONSTITUIERENDE SITZUNG

Anwesenheitsliste:**Vorstand**

Herr Stadtverordnetenvorsteher von Haaren (SPD)
 Frau Stadtverordnete von Twistern (CDU), Erste Beisitzerin
 Herr Stadtverordneter Dr. Hammann (SPD), Beisitzer
 Frau Stadtverordnete Schiller (Bündnis 90/ Die Grünen), Beisitzerin
 Frau Stadtverordnete Kargoscha (CDU), Beisitzerin

SPD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Allers
 Frau Stadtverordnete Batz
 Herr Stadtverordneter Busch
 Herr Stadtverordneter Caloglu
 Frau Stadtverordnete Czak
 Herr Stadtverordneter Hoffmann
 Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner
 Herr Stadtverordneter Ofcarek
 Frau Stadtverordnete Ruser
 Frau Stadtverordnete Wittig

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Dertwinkel
 Frau Stadtverordnete Hilck
 Frau Stadtverordnete Köhler-Treschok
 Frau Stadtverordnete Milch
 Herr Stadtverordneter Önal
 Herr Stadtverordneter Raschen, MdBB
 Frau Stadtverordnete Steinbach
 Herr Stadtverordneter Ventzke

BD-Fraktion

Frau Stadtverordnete Ax
 Frau Stadtverordnete Baltrusch
 Frau Stadtverordnete Brinkmann
 Herr Stadtverordneter Schumacher
 Herr Stadtverordneter Schuster, MdBB
 Frau Stadtverordnete Tiedemann, MdBB
 Herr Stadtverordneter Timke, MdBB

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Stadtverordnete Coordes
 Frau Stadtverordnete Giesecking
 Frau Stadtverordnete Schiller
 Herr Stadtverordneter Schott
 Frau Stadtverordnete Zeeb

AfD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Jürgewitz
 Herr Stadtverordneter Koch
 Herr Stadtverordneter Schäfer

Fraktion DIE LINKE

Herr Stadtverordneter Kocaaga, MdBB
 Herr Stadtverordneter Secci

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Freemann

Herr Stadtverordneter Prof. Dr. Hilz, MdBB

Herr Stadtverordneter Miholic

Einzelstadtverordneter (Die PARTEI)

Herr Stadtverordneter Baumann-Duderstaedt

Einzelstadtverordneter

Herr Stadtverordneter Lichtenfeld, MdBB

Schriftführung

Herr Jährling

Herr Littmann

Entschuldigt:

Frau Stadtverordnete Brand (DIE LINKE)

Herr Stadtverordneter Kaminiarz (Bündnis 90 / Die Grünen)

Herr Stadtverordneter Stark (BD-Fraktion)

Herr Stadtverordneter Viebrok (SPD-Fraktion)

Magistrat:

Oberbürgermeister Grantz – bis 17:30 Uhr anwesend

Bürgermeister Neuhoff – bis 20:00 Uhr anwesend

Stadtrat Frost

Stadtrat Heinrich - bis 19:20 Uhr anwesend

Stadtrat Holz

Stadträtin Kathe-Heppner

Stadtrat Parpart

Stadtrat Schomaker

Stadtrat Skusa

Verwaltung:

Magistratsdirektor Polansky

Bohlmann (Pressesprecherin)

Schröder (Stv. Pressesprecher)

Thiele (Rechnungsprüfungsamt)

Emmerlich (Stadtkämmerei) – bis 20:30 Uhr anwesend

Recht (Rechts- und Versicherungsamt)

Bremische Bürgerschaft:

Antje Grotheer (Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft) – bis 16:00 Uhr anwesend

Christine Schnittker (Vizepräsidentin der Bremischen Bürgerschaft) - bis 16:44 Uhr anwesend

Hans-Joachim von Wachter (Direktor der Bremischen Bürgerschaft) - bis 16:00 Uhr anwesend

Tagesordnung:

TOP	Bezeichnung	Vorlage - Nr.
1	Wahl und Verpflichtung der Stadtverordnetenvorsteherin / des Stadtverordnetenvorstehers (§§ 27 und 28 VerfBrhv)	StVV - V 42/2023
2	Wahl der Beisitzenden	StVV - V 44/2023
3	Verpflichtung der Stadtverordneten	
4	Ortsgesetz über die Zahl der Mitglieder des Magistrats in der Stadt Bremerhaven	StVV - V 50/2023
5	Wahl und Vereidigung der ehrenamtlichen Magistratsmitglieder (Tischvorlage)	StVV - V 45/2023 - 1
6	Verpflichtung der nachrückenden Stadtverordneten	
7	Wahl der Mitglieder des Wahlprüfungsgerichts	StVV - V 41/2023
8	Wahlausschuss für die Wahl der Schöffen für die Geschäftsjahre 2024-2028	StVV - V 49/2023
9	Neubildung des Jugendhilfeausschusses/Wahl der Stadtverordneten und/oder von ihr gewählter Frauen und Männer, die in der Jugendhilfe erfahren sind	StVV - V 36/2023 - 1
10	Wahl stimmberechtigter Mitglieder von anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe	StVV - V 37/2023
11	Beschlussfassung über die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung (§ 59 GStVV)	StVV - V 43/2023
11.1	Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP zu Vorlage StVV-V 43/2023	StVV - Ä-AT 1/2023
12	Beschlussfassung über die Sitzverteilung in den Ausschüssen und Besetzung der Ausschüsse (§ 41 VerfBrhv und § 41 GStVV) - Tischvorlage	StVV - V 48/2023 - 1
13	Einrichtung einer 1,0 Stelle für eine:n hauptamtliche:n Stadträtin/Stadtrat	StVV - V 39/2023
14	Sitzungstermine 2. Halbjahr 2023 (Tischvorlage)	StVV - V 51/2023
15	Verleihung der Ehrenbezeichnung Stadtältester	StVV - V 46/2023
16	Anträge	

- | | | |
|------|---|--------------------|
| 16.1 | Umbenennung der Karl-Marx-Schule in Stauffenberg-Schule (AfD) | StVV - AT 5/2023 |
| 17 | Anfragen | |
| 18 | Mitteilungen | |
| 18.1 | Private Sicherheitsdienste für verhaltensauffällige Kinder? (BIW) | MIT-AF 12/2023 - 1 |

Entwurf

Als Altersvorsitzender eröffnet Alfred Dietrich SCHUMACHER (Fraktion Bündnis Deutschland) um 14:30 Uhr die Sitzung.

SCHUMACHER: Moin. Überhaupt keiner hier, Mensch, die konstituierende Sitzung der neugewählten Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven für die 21. Wahlperiode. Mich haben Sie noch nie gesehen hier, da vorne bei den Gästen saß ich aber schon mal. Mein Name ist Alfred Dietrich Schumacher, ich bin am 27.09.1944 geboren, 20 Uhr, kurz vor der Tagesschau. Und wir sind mit 48 Abgeordneten Mitte Mai gewählt worden für die 21. Wahlperiode. Und jetzt hat man mich zum Altersvorsitzenden gemacht. Oder ist einer von den anwesenden Abgeordneten da, der ein noch älteres Datum hat? Wie ich sehe, ist das nicht der Fall, dann darf ich ja weiterreden. Ich begrüße Sie alle hier, die da sind, besonders die Bevölkerung, die auch sehr zahlreich erschienen ist. Ich sehe, die Kamera ist da. Auch Sie außen, die uns das Ohr schenken und hier an dieser 21. Wahlperiode bei der Eröffnung dabei sein wollen. Vielen Dank, dass ihr da seid.

Und eine kleine Vorstellung möchte ich auch machen, 79 Jahre, wenn der eine und andere mal eben das Datum umgerechnet hat. Geboren bin ich in Riede, Landkreis Verden jetzt, früher mal Grafschaft Hoya. Und nach der Schule habe ich eine Banklehre gemacht. Und nach abgeschlossener, erfolgreicher Prüfung musste ich dann etwas meine Textilien ändern, nämlich da bin ich eingezogen worden zur Bundeswehr. Und habe da dann acht Jahre Zeit meines Lebens verbracht, die mir sehr gutgetan haben, da hat man nämlich sehr viel für das tägliche Leben gelernt und erfahren und selbst auch als Ausbilder den Leuten beigebracht. Vier Jahren waren davon in Gifhorn, Kreis Gifhorn genauer gesagt, in Wesendorf, Dedelsdorf und vier Jahre in Bremen war ich in der Kaserne, wo jetzt die Polizei stationiert ist. Und habe dort dann auch die Familie dann hochgebracht mit drei Kindern. Wir sind alle gesund und munter. Ich mit meinen 79 Jahren auch. Und das finde ich gut so, denn wer nicht mehr gesund ist, der sollte sich daran so ein bisschen halten, denn das ist das Einzige, was wir uns haben müssen. Und wenn wir vom Land kommen, dann schnacken wir miteinander und dann (unv., Plattdeutsch 00:04:46, Teil 1). Wenn die Senioren mit den Senioren schnacken, das ist immer (unv.). Können das alle verstehen? Ja, siehst du. (unv.) Nein, bleiben wir lieber beim Hochdeutschen. Und die ganze Politik, die ist auf Hochdeutsch angelegt und dann ist das besser. Wie gesagt, das Land Bremen setzt sich ja aus zwei Teilen zusammen, das ist Ihnen ja bekannt. Und hier in der schönen Seestadt Bremerhaven hat man mich jetzt verdonnert, diese – verdonnert in Anführungsstrichen natürlich – diese Begrüßung zu machen und die Eröffnung. Und ja, das wird dann auch nachher noch gemacht. Wir gehen dann auf die Tagesordnung drüber. Und zu meiner Person ist das eigentlich alles, was ich dazu zu sagen habe. Ich wohne hier in Bremerhaven und fühle mich hier sehr, sehr wohl. Einer schönen Stadt, die wir mit 48 Abgeordneten in den nächsten vier Jahren noch ein bisschen besser zum Blühen bringen wollen.

Jetzt habe ich meine Vorstellung hier gemacht. Und möchte mit dem Herrn der Stadtverwaltung gerne den Tagesordnungspunkt 1 eröffnen. Und deshalb gehe ich hier wieder weg und setze mich da oben hin. Und dann werdet ihr das Nächste von uns wieder hören und sehen. Ich bedanke mich für das Zuhören. Und auch Ihnen zu Hause, die uns das Ohr geschenkt haben, man sieht sich, bis bald mal wieder. Ich gehe mal nach oben. Danke.

TOP 1 Wahl und Verpflichtung der Stadtverordnetenvorsteherin / des Stadtverordnetenvorstehers (§§ 27 und 28 VerfBrhv)

StVV - V 42/2023

Altersvorsitzender SCHUMACHER bittet um Vorschläge für die Wahl der Stadtverordnetenvorsteherin oder des Stadtverordnetenvorstehers.

Stadtverordneter ALLERS schlägt im Namen der SPD-Fraktion Torsten von Haaren für die Wahl vor.

Stadtverordneter ALLERS beantragt geheime Wahl.

Altersvorsitzender SCHUMACHER bittet um die Nennung von zwei Stadtverordneten aus dem Plenum, welche als „Ersatzbeisitzer/-innen“ bei der Durchführung der geheimen Wahl mitwirken.

Stadtverordneter Prof. Dr. HILZ und Stadtverordneter Kocaaga melden sich als „Ersatzbeisitzer“.

Altersvorsitzender SCHUMACHER bittet um die Nennung von zwei Stadtverordneten aus dem Plenum, welche bei der Auszählung mitwirken.

Stadtverordneter ALLERS schlägt Herrn Freemann vor.

Stadtverordneter RASCHEN schlägt Frau Milch vor.

Die Stadtverordnetenversammlung ist einverstanden.

Wahl von 14:41 Uhr bis 14:52 Uhr

SCHUMACHER:

Das Wahlergebnis liegt mir jetzt vor. Mit Ja haben 42 Personen abgestimmt, mit Nein 3 und Enthaltungen 0. Somit ist Herr Torsten von Haaren als neuer Stadtverordnetenvorsitzenden gewählt. Herr von Haaren, nehmen Sie die Wahl an?

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Ja, ich nehme die Wahl an.

SCHUMACHER:

Herzlichen Glückwunsch, Sie nehmen die Wahl an. Ich möchte Sie bitten, hinsichtlich der Obliegenheiten nach der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung § 27, Ihre Tätigkeit für die nächsten vier Jahre durchzuführen und wünsche Ihnen viel Erfolg.

Ich bedanke mich als Altersvorsitzender, dass ich dieses hier machen durfte. In vier Jahren wird es ein anderer sein oder ich wieder, mal sehen, was kommt. Bleibt alle gesund und munter und alles Gute.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt in geheimer Wahl mit 42 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen

Torsten von Haaren (SPD)

zum Stadtverordnetenvorsteher.

Altersvorsitzender SCHUMACHER fragt Herrn von Haaren, ob er die Wahl annimmt.

Stadtverordnetenvorsteher von Haaren nimmt die Wahl an.

Altersvorsitzender SCHUMACHER beglückwünscht den Gewählten und verpflichtet ihn gemäß § 28 VerBrhv per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten.

Pause von 14:54 Uhr – 14:58 Uhr

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

An dieser Stelle begrüße ich erst einmal die Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft Frau Antje Grotheer in unseren Reihen. Antje, schön, dass du da bist. Des Weiteren begrüße ich die Vizepräsidentin Frau Christine Schnittker. Christine, schön, dass du da bist. Begleitet werden sie durch den Direktor der Bremischen Bürgerschaft Herrn von Wachter, schönen guten Tag. Vielen Dank, dass ihr da seid.

„Die größte Ehre, die man einem Menschen antun kann, ist die, dass man Vertrauen zu ihm habe“, das hat einmal der Reformator Martin Luther auf den Punkt gebracht. In diesem Sinne danke ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen zunächst einmal für das Vertrauen, was Sie mir entgegengebracht haben. Ich kann zumindest für mich sagen, dass es ein wunderbares Ergebnis ist. Danke nochmals.

Es ist für mich eine Ehre, dass Sie mich erneut als Stadtverordnetenvorsteher gewählt haben. Sie können sich darauf verlassen, dass ich im Großen und Ganzen so bleibe wie Sie mich bisher kennengelernt haben. Das mag vielleicht für den einen erfreulich sein und für den anderen weniger erfreulich, wird aber so sein. Vor uns liegen spannende Zeiten. Vier Jahre, in denen wir gemeinsam Verantwortung tragen. Die Fraktion von SPD, CDU und FDP im Besonderen, weil sie sich zu einer Koalition gefügt und einig beschlossen haben, gemeinsame Ziele zu verfolgen. Die übrigen Fraktionen und Einzelabgeordneten aber auch, weil es in diesem demokratischen Gefüge eben auch darauf ankommt, nicht nur dagegen zu sein, sondern den demokratischen Wettstreit um die beste Politik für unsere Stadtgemeinde konstruktiv zu bereichern. Ich habe schon mal an einer anderen Stelle gesagt, Opposition bedeutet einerseits, den Finger in die Wunde legen, aber andererseits auch, im Zweifel ein Pflaster zur Hand zu haben, weil eine dauerhafte Wunde denjenigen schwächt, der sie hat. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, Bremerhaven stark zu machen.

Sehr geehrte Stadtverordnete, auf den Vertrauensbeweis, den Sie mir soeben bei der Wiederwahl ausgesprochen haben, bin ich gerade eben schon eingegangen.

Vertrauen ist darüber hinaus ein wichtiges Wort in unserer Arbeit. Die Menschen, die am 14. Mai diesen Jahres diese Stadtverordnetenversammlung, die sich heute konstituiert, gewählt haben, haben uns allen das Vertrauen ausgesprochen. Dass es mehr Menschen hätten sein können, das muss auch unser Ziel für die nächste Wahl und für diese Legislaturperiode, die wir hier gestalten, sein. Wenn Menschen sich von der Politik abwenden und sich extremen Rändern zuwenden, darf das uns Demokratinnen und Demokraten nicht kalt lassen. Es ist unveräußerliche Basis unseres gesellschaftlichen Miteinanders, dass Hass und Hetze keinen Raum haben dürfen, Spaltung und Ausgrenzung auf unseren Widerstand treffen müssen und dass der grundsätzliche Respekt aller Menschen, gleich welcher Hautfarbe, welcher Herkunft, welcher religiösen Ausrichtung oder sexuelle Orientierung, gewahrt bleiben muss. Wir müssen gemeinsam widersprechen, wenn diese Grundregeln infrage

gestellt werden. Wir müssen klar Haltung zeigen, wenn versucht wird, unsere Gesellschaft zu vergiften.

In dieser Zeit ist viel von Klimaschutz die Rede. Ja, es gibt hier oder dort Menschen, die Unabweisbares leugnen. Aber die große Mehrheit weiß um die Herausforderungen, vor denen wir heute gemeinsam stehen, wenn es darum geht, welche Weichen wir stellen, damit diese Welt für unsere Kinder ein lebenswerter Ort bleibt. Sei diese Welt nur unser Bremerhaven und unser Beitrag noch so klein, so müssen und werden wir ihn leisten. Wir werden gemessen daran, wie sehr wir uns bemüht haben und was wir am Ende geschafft haben.

Lassen Sie mich aber auch eines sagen, es gibt das Klima, das wir schützen müssen, das unser Leben und unsere Umwelt betrifft, aber kaum weniger wichtig ist das Klima, wie wir hier miteinander umgehen. Sie werden mich in dieser Funktion als sehr aufmerksamen und leidenschaftlichen Klimaschützer erleben.

Ich wünsche uns allen vier erfolgreiche Jahre, vier Jahre, in denen wir alle unser Bestes geben müssen, dass das in uns gesetzte Vertrauen der Wählerinnen und Wähler eingelöst wird. Vier Jahre, die dazu beitragen mögen, dass wir gemeinsam das Leben der Menschen in unserer Stadtgemeinde besser gestalten. Vier Jahre, in denen unsere Demokratie gestärkt wird und das Vertrauen wächst und nicht der Hass. Lassen Sie uns gemeinsam leidenschaftlich arbeiten, notfalls auch hart streiten, aber niemals persönlich verletzend miteinander umgehen. Das wäre mein Wunsch an Sie.

Zur Tagesordnung:

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:

Herr Vorsitzender, Herr Klimaschützer, meine sehr verehrten Damen und Herren. Zur Tagesordnung beantragen wir als AfD-Fraktion eine Änderung. Und zwar, dass der Punkt 11 und 11.1 entsprechend auf Punkt 2 vorgezogen werden. Dabei handelt es sich um die Beschlussfassung über die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung so, wie sie jetzt für die nächsten vier Jahre gewählt ist. Da ist es aus unserer Sicht logisch, dass wir dann auch mit der neuen, zu beschließenden Tagesordnung hier arbeiten. Soweit beantrage ich also, den TOP 11 und 11.1 auf 2 zu ziehen. Dann anschließend die Verpflichtung der Stadtverordneten, wie gehabt, auf TOP 3. Und die Wahl der Beisitzer verschiebt sich dadurch auf TOP 4. Und alles andere entsprechend bis 11 um eine Position nach unten.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Herr Jürgewitz, dass Sie gerade eine Beschlussfassung verlangen von Menschen, die noch nicht mal auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten verpflichtet worden sind, also das, was wir in unserer Stadtverfassung haben, entsprechend mit Handschlag, ist Ihnen bewusst, ja?

Stadtverordneter JÜRGEWITZ: Dann beantrage ich jetzt als Nächstes den Punkt Verpflichtung der Stadtverordneten, damit genau die Personen, die hier gewählt sind, über das dann auch beschließen dürfen, was entsprechend die Tagesordnung bestimmt.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ stellt folgenden Änderungsantrag:

Als nächste Tagesordnungspunkte werden die TOPs 3 und 11 behandelt. Der aktuelle TOP 2 wird danach als TOP 4 aufgerufen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag zur Tagesordnung ab.

Der Beschluss ergeht bei 3 Ja-Stimmen (AfD).

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt die vorliegende Tagesordnung.

Der Beschluss ergeht bei 3 Nein-Stimmen (AfD).

Stadtverordneter RASCHEN schlägt für die CDU-Fraktion für die Wahl der Ersten Beisitzerin Irene von Twistern vor.

Stadtverordneter ALLERS beantragt geheime Wahl.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN schlägt vor, für diese Wahl ebenfalls Herrn Prof. Dr. HILZ und Herrn Kocaaga als Ersatzbeisitzer durchzuführen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig Herrn Prof. Dr. Hilz und Herrn Kocaaga zu Beisitzern für die geheime Wahl.

Wahl von 15:11 Uhr – 15:20 Uhr

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt in geheimer Wahl mit 39 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen

Irene von Twistern (CDU)
zur ersten Beisitzerin.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:
Frau von Twistern, nehmen Sie die Wahl an?

Erste Beisitzerin VON TWISTERN:
Ja, ich nehme die Wahl an, vielen Dank.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN fragt Frau von Twistern, ob sie die Wahl annimmt.

Erste Beisitzerin von Twistern nimmt die Wahl an.

Frau von Twistern wird anschließend von Stadtverordnetenvorsteher von Haaren per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten verpflichtet.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Dann haben wir jetzt die weiteren Beisitzer entsprechend unserer Verfassung zu wählen. Hier entfällt der Vorschlag für die zweite Beisitzende an die BD-Fraktion, dritte Beisitzende SPD-Fraktion, vierte Beisitzende Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und fünfter Beisitzer CDU-Fraktion.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Bevor wir zur Wahl der Beisitzer schreiten, möchte ich einige Worte an Sie richten. Vor den Kommunalwahlen im Mai standen wir bereits durch personelle Veränderungen in der Fraktion vor der Wahl eines Beisitzers, der durch die Fraktion BIW, nun Bündnis Deutschland, gestellt werden durfte. Damals haben Sie alle unsere Vorschläge abgelehnt, obwohl kein formaler Grund vorlag. Insbesondere Herr Timke, nun in der 3. Legislaturperiode im Verfassungsausschuss und jahrelanger Fraktionsvorsitzender wäre eine geeignete Personalie für diese Position im Vorstand gewesen. Leider konnten Sie in der letzten Wahlperiode nicht über Ihren Schatten springen und haben nicht nur Herrn Timke, sondern auch alle anderen Vorschläge, die wir Ihnen unterbreitet haben, abgelehnt. Der Pool aus dem man für diese Position schöpfen kann, ist begrenzt, denn es sind die gewählten Fraktionsmitglieder, die vorgeschlagen werden dürfen. Dieser Pool wurde Ihnen von den Wählern zur Verfügung gestellt. Die Wähler, die Bürger dieser Stadt haben unsere Abgeordneten legitimiert, Sie in der Stadtverordnetenversammlung und sämtlichen ihnen rechtlichen zustehenden Gremien zu vertreten. Sollten Sie erneut unseren Vorschlag für den Beisitzer des Vorstandes, was aufgrund seiner Kompetenz erneut Herr Timke sein wird, ablehnen, ignorieren Sie den Willen von fast 20 Prozent der Bremerhavener Wähler. Von denen mehr als 13.000 Personenstimmen auf Herrn Timke entfallen sind. Wer von den Kandidaten, die heute hier vorgeschlagen werden, kann behaupten, mehr als 2.700 Personen direkt hinter sich stehen zu haben? Ich erwarte, dass Sie den Willen der Bürger akzeptieren und die Gepflogenheit, Vorschläge auch zu wählen, wieder in dieses Parlament Einzug halten lassen. Lassen Sie uns nicht von Beginn an Fronten aufbauen. Sie wissen, dass man mit uns arbeiten kann. Sie wissen, dass Herr Timke für diese Position ein geeigneter Kandidat ist. Lassen Sie die sachlichen Gründe eine Rolle bei Ihrer Entscheidung spielen und nicht die persönlichen. Denn auch Sie, sehr geehrte Mitglieder der SPD, CDU, FDP, Grüne und LINKE, haben die Aufgabe, im Sinne der Demokratie zu handeln. Wir nominieren hiermit offiziell Herrn Timke für den zweiten Beisitzer im Vorstand.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Wir werden die Wahl so durchführen, dass wir eine verbundene Einzelwahl durchführen. Das heißt, Sie werden alle Namen auf einer Liste haben und dann entsprechend mit Ja, Nein, Enthaltung versehen können.

Stadtverordneter ALLERS schlägt für die Wahl des dritten Beisitzers Herrn Dr. Cecil Hammann vor und beantragt geheime Wahl.

Stadtverordnete COORDES schlägt für die Wahl der vierten Beisitzerin Frau Elena Schiller vor.

Stadtverordneter RASCHEN schlägt für die Wahl der fünften Beisitzerin Frau Marina Kargoscha vor.

WAHL von 15:25 UHR – 15:42 Uhr.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt in geheimer Wahl bei 11 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen, 9 Enthaltungen und 1 ungültigen Stimme
Jan Timke (Bündnis Deutschland)
nicht zum Beisitzer.

Die Stadtverordnetenversammlung wählt in geheimer Wahl bei 40 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 ungültigen Stimmen
Dr. Cecil Hammann (SPD)
zum Beisitzer.

Herr Dr. Hammann wird anschließend von Stadtverordnetenvorsteher von Haaren per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten verpflichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung wählt in geheimer Wahl bei 36 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen und 2 ungültigen Stimmen
Elena Schiller (Bündnis 90 / Die Grünen)
zur Beisitzerin.

Frau Schiller wird anschließend von Stadtverordnetenvorsteher von Haaren per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten verpflichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung wählt in geheimer Wahl bei 39 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung und 2 ungültigen Stimmen

Marina Kargoscha (CDU)
zur Beisitzerin.

Frau Kargoscha wird anschließend von Stadtverordnetenvorsteher von Haaren per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten verpflichtet.

Keine weiteren Wortmeldungen

TOP **Verpflichtung der Stadtverordneten**
3

Keine Wortmeldungen

Beschluss:

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN verpflichtet alle weiteren Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 28 VerfBrhv per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten.

Die Verpflichtung der nicht anwesenden Stadtverordneten Brand, Kaminiarz und Stark wird nachträglich erfolgen.

**TOP
4**

Ortsgesetz über die Zahl der Mitglieder des Magistrats in der Stadt Bremerhaven

StVV - V 50/2023

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Hier soll der Magistrat, im Detail die Anzahl der Stadträte, aufgestockt werden. Begründet wird das ganze damit, dass es mehr hauptamtliche Stadträte braucht, um Bremerhaven wieder voranzubringen. Da § 46 Abs. 1 der Stadtverfassung regelt, dass es immer mehr ehrenamtliche als hauptamtliche Stadträte geben muss, wird hier die Grundlage für zwei neue Posten geschaffen. Ein weiterer hauptamtlicher Stadtrat und damit auch ein weiterer ehrenamtlicher, der der SPD zustünde. Gerade vor dem Hintergrund, dass ein hauptamtlicher Stadratsposten seit Jahren nicht besetzt ist und die anfallende Arbeit und die Dezernate bei den ehrenamtlichen Stadträten aktuell nicht sinnvoll und auslastend verteilt werden, lässt sehr an der Notwendigkeit eines weiteren hauptamtlichen Dezernenten zweifeln. Sowohl die haupt- als auch die ehrenamtlichen Stadträte bekommen Geld für ihre Arbeit. Der Bürger kann erwarten, dass die von seinem Geld, von Steuergeldern finanzierten Personen arbeitstechnisch ausgelastet sind. Jeder Angestellte muss ein gewisses Maß an Arbeitsleistung für sein Gehalt erbringen. Die Entschädigung von Ehrenämtern ist faktisch nicht an einer Arbeitsleistung festgemacht. Er bekommt sein Geld, ob er nun einen Tag die Woche arbeitet oder fünf. Selbstverständlich kann jeder ehrenamtliche Stadtrat auch in nur einem Amt fünf Tage die Woche verbringen. Doch das kann nicht das Ziel sein. Ziel muss doch sein, auch Ehrenämtern genügend Arbeit zu geben, dass er oder sie sein moralisches Soll erfüllen kann und damit eine Stütze für die Stadt ist. Das ist hier nicht der Fall. Anstatt die Arbeit gleichmäßig auf die Schultern der Stadträte zu verteilen, selbstverständlich berücksichtigt, ob ehrenamtlicher oder hauptamtlicher Stadtrat, werden hier ehrenamtliche Stadträte mit losgelösten Ämtern absichtlich kleingehalten. Natürlich ist das Ziel, den Stadträten der Opposition keine Bühne zu bieten, sie sollen möglichst wenig Arbeit haben, damit sie keine Chance haben, medienwirksam zu arbeiten. Nur auf diese Weise, so glaubt die Regierung, lässt sich ihre Abwahl in vier Jahren verhindern. Doch das kann ich Ihnen versprechen, von solchen Tricks werden wir uns nicht aufhalten lassen. Das haben wir nicht und das werden wir auch in Zukunft nicht. Solange die personellen Kapazitäten im Magistrat nicht ausgereizt sind, werden wir uns grundsätzlich gegen eine Aufstockung von Personal aussprechen und deshalb diese Vorlage ablehnen.

Stadtverordneter ALLERS:

Es gibt gewisse Notwendigkeiten, die sich in den letzten vier Jahren ergeben haben. Es ist unheimlich schwer, für einen ehrenamtlichen Stadtrat den gesamten Bereich Soziales, Migrantinnen, Migranten, den Arbeitsmarkt und alles, was dazu gehört, abzudecken. Uwe Parpart, noch mal Dankeschön für deine hervorragende Arbeit, die du geleistet hast.

Als ehrenamtlicher Stadtrat ist das eigentlich schon fast nicht mehr zu stemmen. Dementsprechend haben wir in den Koalitionsverhandlungen gesagt, wir müssen uns neu aufstellen und für diesen Bereich einen hauptamtlichen Stadtrat einsetzen. Das Zweite sind die großen Bereiche Klima und Gesundheit, die wir hier in den Koalitionsverhandlungen neu ausgerichtet haben.

Gerade Gesundheit, noch mal Dankeschön an Selcuk Caloglu, dass du trotzdem heute gekommen bist. Hat auch aufgezeigt, dass ehrenamtliche Stadträte, die auch noch hauptberuflich tätig sind mit Familie und so weiter und so fort, mit diesen Aufgaben doch mehr als ausgelastet sind, wenn dann auf einmal solche Herausforderungen auf einmal vor der Tür stehen, wie die gesamte Corona-Pandemie. Diese Situation einem ehrenamtlichen Stadtrat aufzubürden, ist schwierig. Das alles zu bewältigen, hat der ehrenamtliche Stadtrat für Gesundheit mit seinem Dezernat hervorragend hinbekommen. Diese Herausforderung war nicht ohne. Sie haben uns aufgezeigt, dass diese Stadt bis an die Grenzen belastet war. Wir sollten uns in Zukunft so vernünftig aufstellen, dass wir sagen, hier wollen wir einen hauptamtlichen Stadtrat haben. Das werden wir auch umsetzen, das werden wir beschließen. Das haben wir auch in den Koalitionsverhandlungen gesprochen, abgestimmt und beschlossen.

Der nächste Bereich ist Klima. Wir haben einen Umweltausschuss ehrenamtlich und einen Gesundheitsausschuss, auch ehrenamtlich. Mit den Herausforderungen und mit den zukünftigen Problemen, die auf uns zukommen, gleichzeitig aber auch hier Projekte zu finanzieren und zu leiten und umzusetzen, bedarf es nicht nur einfach nur eines ehrenamtlichen Stadtrats, sondern das werden wir in Verbindung Klima und Gesundheit und Umwelt in einem hauptamtlichen Stadtrat zusammenziehen. Das haben wir bewusst so gemacht. Wir halten es für klug und richtig, hier politische Schwerpunkte zu setzen. Wir werden dann auch hier die hauptamtlichen Stadträte wählen. Die Ausschreibungen werden nach den Sommerferien anlaufen.

Dementsprechend wird der politische Prozess und auch der demokratische Prozess folgen. Die Stadt hat schon in der Vergangenheit mehr als vier hauptamtliche Stadträte gehabt. Wir stocken auf sechs auf. Die Argumente sind benannt worden.

Stadtverordnete COORDES:

Wir haben, nachdem die Koalition sich gebildet hatte, gesagt, dass wir ihre Arbeit sachlich und kritisch begleiten werden. In diesem Sinne ist dieser Redebeitrag, den ich jetzt bringen werde, für die Grünen zu verstehen.

Die von Ihnen gewollte Aufstockung um zwei hauptamtliche Dezernate macht Freude und macht Fragezeichen. Wo macht sie Freude? Freude macht sie beim Sozialdezernat. Ich habe jahrelang in diesem Ausschuss gesessen, ich weiß, wie viel Arbeit das ist. Ich weiß auch, wie wichtig das ist. Ich muss auch an Herrn Parparts Adresse sagen, er hat es gut gemacht. Wir hatten auch Glück, weil er die Zeit dafür hatte, obwohl wir uns auch oft gestritten hatten. Wir haben uns schon zu Beginn der letzten Legislatur sehr kritisch geäußert, als das Sozialdezernat ehrenamtlich betrieben werden sollte, weil das einfach nicht geht. Diese Stadt hat so viele Problemlagen. Wir müssen bei den großen Herausforderungen, die auf uns zukommen werden, eine Klimaschutzstrategie umsetzen und die Stadtgesellschaft dabei zusammenhalten. Das geht nicht ohne eine gute Sozialpolitik. Das geht nur hauptamtlich. Wir freuen uns für Bündnis 90/ Die Grünen, dass sie ihren damaligen Fehler korrigiert haben und aus den Erfahrungen, die sie gemacht haben, es jetzt wieder hauptamtlich bestücken werden. Das ist positiv zu bewerten.

Was ich allerdings überhaupt nicht verstehe, ist der Dezernatzuschnitt Gesundheit und Klimaschutz. Natürlich hat Gesundheit etwas mit Klimaschutz zu tun. Aber warum wählen Sie einen solchen Dezernatzuschnitt? Wir hätten uns das doch gerne anders gewünscht und können es auch nicht richtig nachvollziehen. Vielleicht können Sie es noch mal begründen. Denn, und da ist die Kritik, natürlich kosten hauptamtliche Dezernenten Geld. Natürlich führen sie dazu, dass wir auch in der Anzahl der Ehrenamtlichen aufstocken müssen, auch das kostet Geld. Wir sind der Meinung, dass Gesundheit hauptamtlich betrieben werden muss. Aber hätte man es nicht zuordnen können? Warum müssen wir da ein neues Dezernat schaffen? Wir hätten uns da einen anderen Zuschnitt gewünscht. Wir wünschen uns, dass Sie es vielleicht noch mal begründen. Bündnis 90/ Die Grünen werden sich enthalten.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:

Der Magistrat wurde in den letzten Jahren um viele Hundert neue Planstellen aufgebläht. Nahezu 50 Prozent des städtischen Haushaltes gehen für Personalausgaben drauf. Jetzt sollen drei weitere Stadträte her, warum? Weil mehr Arbeit angefallen ist, die aber bereits von eben diesen mehr als 109 Mitarbeitern erledigt wird. Nein, weil alle drei Koalitionsparteien neue Posten zur Verteilung an verdiente Kader benötigen. Ein hauptamtlicher Sozialstadtrat wäre unter Umständen logisch. Aber hat nicht die jüngste Vergangenheit bewiesen, dass dieser Posten auch mit einem preislich deutlich, um circa 5.000 bis 6.000 € pro Monat günstigen ehrenamtlichen Stadtrat ausgefüllt werden kann? Dafür hat der bisherige Stadtrat Parpart, bei allen Gegensätzen, die wir zu seiner Politik hatten und haben, den Job gut ausgefüllt. Aber hat nicht gerade der zuvor kläglich gescheiterte SPD-Sozialstadtrat Rosche bewiesen, dass auch ein teurer hauptamtlicher Stadtrat völlig überfordert war, unnötig war und mehr Schaden als Nutzen für die Stadt angerichtet hat? In dem Amt war Herr Rosche nur deshalb, weil er für dieses Amt zwar keine Qualifikation, aber das richtige Parteibuch hatte.

Nun steht wieder der nächste Versorgungsfall vor der Tür, ein gescheiterter Wirtschaftssenator. Mit welcher beruflichen Qualifikation eigentlich? Netzwerker nennt man das Berufsbild wohlwollend despektierlich, nicht nur bei der SPD. Zu der oben genannten offenen Stelle, die gar nicht der Wiederbesetzung bedarf, schaffen die Versorgungsfractionen noch einen weiteren hauptamtlichen Stadtrat. Offizielle Begründung wohl, der Zeitgeist fordert es, die angebliche Klimakrise fordert es, den Stadtrat für Klima und Gesundheit, unabhängig von der Personalie. Dazu werde ich mich noch an anderer Stelle äußern, aber letztlich geht es hier auch darum, für altgediente Genossinnen lukrative Versorgungsposten zu schaffen, obwohl ein hauptamtlicher Stadtrat für Klima und Gesundheit völlig überflüssig ist. Das Klima, also letztlich die gesamte Umwelt gehört in den Bau- und Umweltausschuss, wie bisher. Die Gesundheit kann man dem Dezernat Jugend, Frauen und Gedöns, wie der Altkanzler Schröder sagen würde, problemlos übertragen. Letztlich bedarf es auch der beiden zusätzlichen ehrenamtlichen Stadträte nicht, die letztlich aber gezielt und vorsätzlich aufgaben- und inhaltslos der Opposition überlassen werden müssen. Ohne diesen verfassungsrechtlichen Zwang, zwei Dezernate der Opposition zu überlassen, hätte der Magistrat die Zuschnitte der Dezernate sicherlich sinnvoll gestaltet. So ist es lächerlich. Sie verhöhnen hier die Demokratie.

Sie produzieren hier mit diesen vier beziehungsweise drei unnötigen Stadträten weitere Kosten von circa 500.000 € pro Jahr zulasten der Steuerzahler. Geld, was Sie gar nicht haben und was wieder andere bezahlen müssen. Denn es wird nicht bei diesen Stadträten bleiben, diese benötigen zusätzliches Personal, Räume und Ausstattung. Aber es ist ja nicht Ihr Geld. Die Stadt Bremerhaven, 115.000 Einwohner, soll nun also zukünftig eine Regierung von 13 Personen haben. Mit 13 Personen kann man, wenn man will, ganze Bundesländer oder sogar Staaten regieren. Die erste Regierung Deutschlands, der Bundesrepublik, das erste Kabinett Adenauer hatte 14 Minister. Die waren aber zuständig für 60 Millionen Menschen. Die Probleme waren 1949 ganz andere als heute. Quintessenz, wenn man sich die Aufgabenverteilung, die Zuschnitte der Dezernate anschaut, stellt man fest, dass vier hauptamtliche Dezernate für 115.000 Einwohner völlig ausreichend sind und dass die weiteren Aufgaben auch mit fünf ehrenamtlichen Stadträten zu leisten sind. Denn die eigentliche Arbeit, die Aufgaben der Behörde werden von den Amtsleitern und ihren Mitarbeitern erledigt. Es bedarf also keiner politischen Führung, wenn diese nicht ohnehin schon durch die politische Verfilzung des Magistrates durch SPD, CDU und FDP, Herr Hilz, gegeben wäre.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Vor vier Jahren haben wir die ehrenamtlichen Sozialdezernate heftig kritisiert und diskutiert. Früher hat Frau Schilling hauptamtlich gearbeitet. Danach musste Herr

Parpart das Dezernat ehrenamtlich führen. Das war ein Kritikpunkt, wozu wir uns geäußert haben. Natürlich gibt es in Bremerhaven ein paar Dezernatsstellen, die man nicht ehrenamtlich besetzen sollte. Das Sozialdezernat ist eine davon und Gesundheit eine andere. Das soll keine Kritik der vergangenen Arbeit sein aber diese Arbeit ehrenamtlich und vernünftig zu machen, ist nicht möglich. Deswegen finden wir diese Maßnahme richtig. Aber ich habe einen Kritikpunkt. Wir haben sechs Monate lang darüber gesprochen. Wahrscheinlich werden wir in Zukunft wieder darüber sprechen. Warum haben wir die Amtszeit der hauptamtlichen Dezernenten nicht mit vier Jahren begrenzt, sodass man die Magistratsreform damit verbinden könnte. Das könnte uns in Zukunft die Arbeit erleichtern. Die Fraktion DIE LINKE enthält sich.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Der als Anlage 1 vorgelegte Entwurf des Ortsgesetzes über die Zahl der Mitglieder des Magistrats in der Stadt Bremerhaven wird als Ortsgesetz beschlossen.

Der Beschluss ergeht bei 10 Nein-Stimmen (BD, AfD) und 9 Enthaltungen (Bündnis 90 / Die Grünen, DIE LINKE, Einzelstadtverordneter Die PARTEI, Einzelstadtverordneter Lichtenfeld).

TOP 5 Wahl und Vereidigung der ehrenamtlichen Magistratsmitglieder (Tischvorlage)

StVV - V 45/2023 - 1

Stadtverordneter ALLERS schlägt für die SPD-Fraktion Frau Mandy Kathe-Heppner und Herrn Uwe Parpart vor.

Stadtverordneter RASCHEN schlägt für die CDU-Fraktion Herrn Ralf Holz und Herrn Peter Skusa vor.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Zum ersten Mal in unserer 16-jährigen Geschichte steht uns ein ehrenamtlicher Stadtrat zu. Unsere Fraktion Bündnis Deutschland, ehemals Bürger in Wut, hat immer sehr viel Wert auf Kompetenz gelegt und parteiinternes Geschacher und Gemauschel abgelehnt, sogar verurteilt. Als politische Vereinigung, die sich der Bürgernähe verschrieben und dem Bürger versprochen hat, sie zu hören und ihnen auch zuzuhören, sehen wir uns in der Verpflichtung, einen neuen Weg zu gehen. Was bei den hauptamtlichen Dezernenten formal vorgeschrieben ist, nämlich diese auszuschreiben und eine Bestenauslese vorzunehmen, ist nicht Vorgabe bei den ehrenamtlichen Stadträten, wobei diese die gleichen Aufgaben haben wie die hauptamtlichen. Sie sollten demnach ebenso gewissenhaft ausgewählt werden. Daher haben wir nach Beratung innerhalb der Fraktion entschieden, das Amt des ehrenamtlichen Stadtrates auszuschreiben. Nur so können wir sichergehen, dass alle Personen, die interessiert und qualifiziert sind, bei der Auswahl berücksichtigt werden können. Diese Ausschreibung wird in den kommenden Wochen erfolgen. Die Gespräche mit den Bewerbern werden zeitnah aufgenommen. Deswegen werden wir heute keine Person für die Position des Stadtrates für das Standesamt benennen. Wir freuen uns bereits auf die Bewerbungen unserer Mitbürger.

Stadtverordnete COORDES:

Für die Grünen schlagen wir Ralf-Rüdiger Heinrich vor. Ich möchte kurze Worte über die Person hier erwähnen, weil ich das höflich finde. Ralf-Rüdiger Heinrich ist diplomierter Volkswirt, hat studiert an der Uni Münster. War von 1978 bis 2018 Geschäftsführer im Weserverbund Bremen und zeitgleich Geschäftsführer des Wirtschaftsverbandes Weser e.V. Bremern. Wir glauben, dass Ralf-Rüdiger Heinrich das uns zugewiesene ehrenamtliche Dezernat gut und gewissenhaft ausfüllen wird.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:

Also schon mal positiv, Frau Coordes, dass Sie Ihren Kandidaten vorstellen. Das finde ich gut. Die Vorstellung der Kandidaten, wer sind sie, welche Expertisen haben sie für das jeweilige Amt? Was wollen sie in den nächsten vier Jahren für diese Stadt und ihre Einwohner leisten? Ich finde, das ist nicht zu viel verlangt, zu erfahren, mit wem wir es dann hier zu tun haben werden. Ein hauptamtlicher Stadtrat muss sich ja auch bewerben und vorstellen. Deshalb beantrage ich hier einen Änderungsantrag zu diesem Antrag, dass die eben genannten Kandidaten sich hier kurz vorstellen. Darüber hinaus beantrage ich Einzelabstimmung und geheime Wahl. Die Personalien, es sollen ältere Herren wie Herr Skusa und Herr Busch mit über 70 Jahren wieder zu Stadträten gemacht werden. Welch ein Zeichen an die jüngere Generation, dass die derzeit noch stärkste und die derzeit noch drittstärkste Partei hier kein anderes Personal aufbieten können. Gibt es eigentlich noch eine junge Union? Gibt es noch JUSOS? Oder sind die alle bei den Klimajüngern und bei den Klebern? Überhaupt, Stadtrat für die Entsorgungsbetriebe, völlig überflüssig, dafür gibt es einen gut bezahlten hauptamtlichen Stadtrat, der das übernehmen kann. Welche Expertise hat der bisherige Stadtrat für das Steueramt, dort fehlte auch schon der berufliche Hintergrund, und nun bei der Feuerwehr. Da wäre es sinnvoller gewesen, den bewährten ehemaligen Feuerwehr-Stadtrat Jörn Hoffmann vielleicht wieder in sein Amt einzusetzen. Zwar auch nicht mehr ganz jung, aber eben mit großer Erfahrung. Eine zumindest mir noch unbekannte SPD-Frau für das Gartenbauamt, das bisher von den Grünen ideologisch beeinflusst wurde, das kann spannend werden, SPD und Umweltschutz. Aber unabhängig von der Personalie, brauchen wir für das Gartenbauamt wirklich ein eigenes Dezernat? Da reicht doch ein Amtsleiter völlig aus. Der jetzige hat seinen Job dort gut gemacht. Ralf Holz, als Stadtrat gut vorstellbar, aber doch nicht in dem Verteil- und Größenausschuss Sport. Der Mann ist dort völlig überqualifiziert, wirkungslos wie die ganze CDU. Aber das ist der Plan der SPD in dieser Koalition. Und Herr Parpart, er kümmert sich weiter um sein Steckpferd, da sind viele SPD-Wähler zu betreuen, das hat er immerhin erkannt. Dafür brauchen wir aber auch kein eigenes Dezernat. Spannend wird es natürlich, ob Sie der Opposition in Gänze das ihr zustehende Stadtratsmandat, hier auch die völlig unwichtigen beschriebene Stadtratsposten bei den Grünen und bei Bündnis Deutschland, zugestehen werden und diese wählen werden oder auch hier wieder breite Wählerschichten ausgrenzen werden. In dem Sinne bin ich gespannt auf die Abstimmung.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Einer meiner Sätze war: „Lassen Sie uns gemeinsam leidenschaftlich arbeiten, notfalls auch hart streiten, aber niemals persönlich verletzend miteinander umgehen.“ Ich wollte den Satz nur einfach noch mal wiederholen.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Bezugnehmend auf den Änderungsantrag von Herrn Jürgewitz beantragen wir eine getrennte Abstimmung der beiden Positionen, einmal die Vorstellung und einmal die Einzelabstimmung.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ stellt folgenden Änderungsantrag:
Die genannten Kandidaten haben sich vor der Wahl in der Stadtverordnetenversammlung vorzustellen. Die Wahl hat als Einzelabstimmung geheim zu erfolgen.

Stadtverordnete TIEDEMANN stellt folgenden Änderungsantrag zum Änderungsantrag des Stadtverordneten Jürgewitz:
Über die Vorstellung der Kandidaten und über die Wahl als Einzelabstimmung ist getrennt abzustimmen.

Beschluss (Änderungsantrag Jürgewitz – Vorstellung der Kandidaten):
Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Änderungsantrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 10 Ja-Stimmen (BD, AfD) und 6 Enthaltungen (Bündnis 90 / Die Grünen und Einzelstadtverordneter Lichtenfeld).

Beschluss (Änderungsantrag Jürgewitz – Einzelabstimmung):
Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Änderungsantrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 3 Ja-Stimmen (AfD).

Beschluss (Vorschlag Stadtverordnetenvorsteher von Haaren – verbundene Einzelwahl):
Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Vorgehen zu.

Der Beschluss ergeht bei 3 Nein-Stimmen (AfD).

Wahl von 16:26 Uhr bis – 16:41 Uhr

Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung wählt auf Vorschlag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90 / Die Grünen die folgenden fünf ehrenamtlichen Magistratsmitglieder geheim in verbundener Einzelwahl:

		Ja	Nein	Enthal- tung	Ungül- tig
Kathe-Heppner, Mandy	SPD	36	8	1	
Parpart, Uwe	SPD	39	6	0	
Skusa, Peter	CDU	40	5	0	
Holz, Ralf	CDU	39	5	1	
Heinrich, Ralf-Rüdiger	Bündnis 90 / Die Grünen	35	7	3	

Die ehrenamtlichen Magistratsmitglieder Heinrich, Holz, Kathe-Heppner, Skusa, Parpart werden nach ihrer Ernennung durch den Magistrat von Stadtverordnetenvorsteher von Haaren vereidigt und in ihr Amt eingeführt.

Pause von 16:44 Uhr - 17:19 Uhr

**TOP
6**

Verpflichtung der nachrückenden Stadtverordneten

StVV - V 45/2023 - 1

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Dann fahren wir fort mit dem Tagesordnungspunkt 6, Verpflichtung der nachrückenden Stadtverordneten nach § 28 der Verfassung der Stadt Bremerhaven. Ich verlese das Schriftstück, welches ich vom Stadtwahlleiter erhalten habe.

„Berufung von Listennachfolgern. Für den in die Stadtverordnetenversammlung am 04.07.23 in den Magistrat gewählten Stadtverordneten Herrn Uwe Parpart ist Herr Selcuk Caloglu aufgrund des am 26.05.2023 festgestellten endgültigen Wahlergebnisses der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung aus dem Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) als Nachfolger für die Personenwahl festzustellen. Da Herr Caloglu bereits über die Listenwahl in die Stadtverordnetenversammlung gewählt wurde, ist von dem Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands als Nachfolger für Herrn Caloglu über die Listenwahl Frau Mandy Kathe-Heppner festzustellen. Frau Kathe-Heppner wurde am 04.07.2023 jedoch selbst in den Magistrat gewählt und kann somit nicht als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung sein. Als nächste Listennachfolger aus dem Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) ist daher Herr Harry Viebrok festzustellen.“

Herr Viebrok ist heute nicht anwesend. Das entsprechende Prozedere, welches wir hier auch mit der Amtseinführung vollzogen haben, wird zu einem späteren Zeitpunkt mit ihm nachgeholt.

„Für den in die Stadtverordnetenversammlung am 04.07.2023 in den Magistrat gewählten Stadtverordneten Herrn Peter Skusa ist Herr Alexander Heinrich aufgrund des am 26.05.2023 festgestellten endgültigen Wahlergebnisses der Wahl der Stadtverordnetenversammlung aus dem Wahlvorschlag der Partei Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) als Nachfolger über die Listenwahl festzustellen. Herr Heinrich hat jedoch schriftlich erklärt, dass er auf die Annahme des Mandates verzichtet. Als nächster Listennachfolger aus dem Wahlvorschlag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) ist daher Frau Jasmin Steinbach festzustellen.“

Beschluss:

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN verpflichtet die nachgerückten Stadtverordnete Steinbach auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten. Die Verpflichtung des Nachrückers Herrn Viebrok, der zurzeit ortsabwesend ist, erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

Stadtverordnete Coordes:

Wir beantragen für die Tagesordnungspunkte 7, 8 und 9 für Bündnis 90/ Die Grünen geheime verbundene Einzelwahl.

Stadtverordneter ALLERS:

Wir schlagen für die SPD vor, als erstes Torsten von Haaren, Vertretung Harry Viebrok. Zweitens Dr. Cecil Hammann, Vertretung Susanne Ruser.

Stadtverordnete MILCH:

Wir schlagen für die CDU-Fraktion als richtiges Mitglied Irene von Twistern und zur Stellvertretung Thorsten Raschen.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Die BD-Fraktion schlägt als ordentliches Mitglied Jan Timke vor und als Stellvertreterin Frau Claudia Baltrusch.

Stadtverordnete COORDES:

Bündnis 90/ Die Grünen schlagen als ordentliches Mitglied Petra Coordes und als Vertretung Miriam Giesecking vor.

Wahl von 17:30 Uhr bis 18:11 Uhr

Stadtverordnetenvorsteher von Haaren: Die Wahl der Mitglieder des Wahlprüfungsgerichtes hat ergeben, auf Torsten von Haaren entfielen 38 Ja, 3 Nein und 2 Ungültige. Auf Cecil Hammann entfielen 35 Ja, 6 Nein und 2 Ungültige. Auf Frau von Twistern entfielen 36 Ja, 4 Nein, 1 Enthaltung und 2 Ungültige. Auf Herrn Timke entfielen 13 Ja, 18 Nein, 9 Enthaltungen und 3 Ungültige. Auf Frau Coordes entfielen 30 Ja, 7 Nein, 4 Enthaltungen und 2 Ungültige. Und zu den Vertretern zu Torsten von Haaren, das ist Herr Viebrok, entfielen 35 Ja, 6 Nein und 2 Ungültige. Zu Cecil Hammann, Frau Ruser entfielen 35 Ja, 6 Nein, 2 Ungültige. Vertretung für Frau von Twistern ist Herr Raschen, entfielen 34 Ja, 6 Nein, 1 Enthaltung und 2 Ungültige. Vertretung für Herrn Timke ist Frau Claudia Baltrusch, entfielen 14 Ja, 20 Nein, 6 Enthaltungen und 3 Ungültige. Und die Vertretung für Frau Coordes ist Frau Miriam Giesecking, entfielen 31 Ja, 6 Nein und 4 Enthaltungen sowie 2 Ungültige. Damit sind gewählt als ordentliche Mitglieder Torsten von Haaren, Herr Dr. Cecil Hammann, Frau Irene von Twistern und Frau Petra Coordes. Und die Vertretungen in der gleichen Reihenfolge Herr Viebrok, Frau Susanne Ruser, Herr Thorsten Raschen und Frau Miriam Giesecking.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt folgende vier Mitglieder und deren Stellvertreter des Wahlprüfungsgerichts geheim in verbundener Einzelwahl:

Mitglied

Torsten von Haaren (SPD)
 Dr. Cecil Hammann (SPD)
 Irene von Twistern (CDU)
 Petra Coordes (Bündnis 90/Die
 Grünen)

Vertretung

Harry Viebrok (SPD)
 Susanne Ruser (SPD)
 Thorsten Raschen (CDU)
 Miriam Giesecking (Bündnis 90/Die Grünen)

Das von der Fraktion Bündnis Deutschland vorgeschlagene Mitglied Jan Timke sowie die Stellvertreterin Claudia Baltrusch wurden mehrheitlich nicht gewählt.

**TOP
8**

**Wahlausschuss für die Wahl der Schöffen für die
Geschäftsjahre 2024-2028**

StVV - V 49/2023

Stadtverordneter ALLERS:

Wir, die SPD, schlagen Ursel Töpfer, Harry Viebrok und Sybille Böschen vor.

Stadtverordneter RASCHEN:

Wir, die CDU, schlagen Astrid Milch und Fatih Önal vor.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Die BD-Fraktion schlägt Frau Bianca Ax vor.

Stadtverordnete COORDES:

Bündnis 90/ Die Grünen schlagen Bettina Zeeb vor.

Wahl von 18:17 bis 18:38

Stadtverordnetenvorsteher von HAAREN:

Wir kommen zum Ergebnis der Wahl für den Wahlausschuss der Schöffen für das Geschäftsjahr 2024 bis 2028. Auf Herrn Viebrok entfielen 33 Ja, 9 Nein und 1 Ungültige. Auf Frau Töpfer entfielen 33 Ja, 9 Nein und 1 Ungültige. Auf Frau Böschen entfielen 33 Ja, 9 Nein und 1 Ungültige. Auf Herrn Önal entfielen 31 Ja, 8 Nein, 2 Enthaltungen und 2 Ungültige. Auf Frau Milch entfielen 33 Ja, 9 Nein und 1 Ungültige. Auf Frau Ax entfielen 15 Ja, 20 Nein, 7 Enthaltungen und 1 Ungültige. Auf Frau Bettina Zeeb entfielen 31 Ja, 9 Nein, 2 Enthaltungen und 1 Ungültige. Damit sind Herr Viebrok, Frau Töpfer, Frau Böschen, Herr Önal, Frau Milch und Frau Zeeb gewählt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder folgende sechs Personen in den Wahlausschuss für die Wahl der Schöffen für die Geschäftsjahre 2024-2028:

Mitglied

Ursel Töpfer
 Harry Viebrok
 Sybille Böschen
 Fatih Önal
 Astrid Milch
 Bettina Zeeb

Die erforderliche Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder wurde von Frau Bianca Ax nicht erreicht, diese ist damit nicht gewählt.

**TOP
9**

Neubildung des Jugendhilfeausschusses/Wahl der Stadtverordneten und/oder von ihr gewählter Frauen und Männer, die in der Jugendhilfe erfahren sind

StVV - V 36/2023 - 1

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Es entfielen 3 Sitze auf die SPD, 3 Sitze auf die CDU, 2 Vorschlagsrechte auf die BD-Fraktion und 1 auf Bündnis 90/ Die Grünen.

Vorschläge von der SPD sind Kerem Kirit, Vertretung hier Dominique Ofcarek, Timo Hörske, Vertretung hier Harry Viebrok, Sabrina Czack, ich lasse erst mal aus ganz bestimmten Gründen die Vertretung hier frei. Vorschläge der CDU Claudia Köhler-Treschok, Katharina Hilck, Thomas Ventzke. Bianca Ax für Bündnis Deutschland, Claudia Baltrusch und Elena Schiller für Bündnis 90/ Die Grünen. Das sind die Vorschläge, die uns eingereicht worden sind, wir haben sie zusammengefasst.

Es gibt eine Besonderheit bei dem Wahlverfahren, Stadtverordnete unter sich können sich selbst vertreten. Das heißt, sie sorgen für Ihre Vertretung. Die Bürgerinnen und Bürger, hier haben wir Kerem Kirit und Herrn Timo Hörske, die können ihre Vertretungen natürlich nicht selbst bestimmen. Somit haben wir entsprechend dem § 2 des Bremischen Ausführungsgesetzes zum SGB XIII, hier ist im § 2 geregelt, dass die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung oder der Stadtbürgerschaft ihre Vertreter selbst benennen können, aber die Vertreter der Bürgerinnen und Bürger entsprechend gewählt werden müssen.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:

Auch hier gilt das, was ich vorhin schon sagte, bei der Wahl zu den ehrenamtlichen Stadträten. Wir sollen hier Personen wählen, die wir zum Teil gar nicht kennen, von denen wir nicht wissen, welche Vorstellungen sie von ihrer Arbeit haben. Ich beantrage hier die Überweisung in den entsprechenden Ausschuss, damit sich die Leute dort den Ausschussmitgliedern vorstellen können. Wenn das geschehen ist, dann kann man sie in der nächsten Sitzung auch wählen.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ beantragt die Überweisung der Vorlage in den zuständigen Ausschuss.

Beschluss (Überweisungsantrag Jürgewitz):

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt die Überweisung in den zuständigen Ausschuss ab.

Der Beschluss ergeht bei 3 Ja-Stimmen (AfD) und 7 Enthaltungen (BD).

Wahl von 18:46 Uhr bis 19:18 Uhr

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Hier die Ergebnisse aus der eben durchgeführten Wahl. Herr Kerem Kirmit 35 Ja, 6 Nein, 1 Enthaltung, 1 Ungültige. Herr Timo Hörske 34 Ja, 7 Nein, 1 Enthaltung, 1 Ungültige. Sabrina Czak 33 Ja, 8 Nein, 1 Enthaltung, 1 Ungültige. Frau Köhler-Treschok 33 Ja, 7 Nein, 2 Enthaltungen, 1 Ungültige. Frau Hilck 34 Ja, 5 Nein, 2 Enthaltungen, 2 Ungültige. Herr Ventzke, 32 Ja, 7 Nein, 3 Enthaltungen, 1 Ungültige. Frau Ax 14 Ja, 18 Nein, 8 Enthaltungen, 3 Ungültige. Frau Baltrusch 15 Ja, 17 Nein, 8 Enthaltungen, 3 Ungültige. Frau Schiller 31 Ja, 8 Nein, 3 Enthaltungen und 1 Ungültige. Herr Ofcarek, Vertretung für Herrn Kirmit, 31 Ja, 7 Nein, 1 Enthaltung, 4 Ungültige. Herr Viebrok, Vertretung für Herrn Hörske, 31 Ja, 7 Nein, 1 Enthaltung, 4 Ungültige. Damit sind Herr Kirmit, Herr Hörske, Frau Czak, Frau Köhler-Treschok, Frau Hilck, Herr Ventzke, Frau Schiller, Herr Ofcarek und Herr Viebrok gewählt.

Beschluss:

- a) Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Sitzverteilung des Jugendhilfeausschusses für die von der Stadtverordnetenversammlung zu bestimmenden Mitglieder wie folgt:

SPD-Fraktion	3 Sitze
CDU-Fraktion	3 Sitze
BD-Fraktion	2 Sitze
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	1 Sitze

- b) Die Stadtverordnetenversammlung wählt nachfolgend aufgeführte Stadtverordnete und/oder von ihr gewählte Frauen und Männer, die in der Jugendhilfe erfahren sind in den Ausschuss:

Mitglied

Kerem Kirmit
Timo Hörske
Sabrina Czak
Claudia Köhler-Treschok
Katharina Hilck
Thomas Ventzke
Elena Schiller

Vertretung

Dominique Ofcarek
Harry Viebrok
Susanne Ruser

Frau Bianca Ax und Frau Claudia Baltrusch wurden mehrheitlich nicht gewählt.

Pause von 19:20 Uhr bis 19:41 Uhr

TOP 10 Wahl stimmberechtigter Mitglieder von anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe

StVV - V 37/2023

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:

Hier gilt das, was ich eben auch schon sagte. Man kann nicht wählen, wen man nicht kennt. Hier gilt das ganz besonders. Deswegen beantragen wir auch hier, neben der geheimen Abstimmung, die, glaube ich, schon beantragt wurde von den Grünen, die Überweisung in den entsprechenden Ausschuss, also in den Jugendausschuss pp., weil es nur dort Sinn macht, dass die Leute sich erst mal vorstellen, damit wir wissen, ob sie gut oder nicht gut sind. Dann können wir sie auch wählen oder eben nicht. Das ist eigentlich ein demokratischer Vorgang. So en bloc jemanden zu wählen, den man gar nicht kennt, das erinnert mich schon an ein bisschen an die Volkskammer der DDR.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Herr Jürgewitz, meines Wissens haben die Bündnis 90/ Die Grünen für den TOP 10 keine geheime Wahl beantragt?

Wir wählen hier auch nicht im Sinne von Wahl von Menschen, sondern wir stimmen der Wahl nur zu, also es ist eine ganz normale Beschlussfassung wie bei jeder anderen Vorlage auch. Nur weil hier Personen stehen, heißt es nicht, dass wir diese persönlich wählen, sondern wir stimmen der Wahl, die schon stattgefunden hat, nur zu. Also von daher, Bündnis 90/ Die Grünen haben dieses nicht beantragt. Und ich weise nochmals darauf hin, es ist eine ganz normale Vorlage, wie wir sie auch vielleicht für Baudinge oder Ähnliches haben. Es ist ein ganz normaler Beschlussvorschlag.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:

Wenn ich die Überschrift lese und sie richtig verstehe, Wahl stimmberechtigter Mitglieder von anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe. Hier sind Namen aufgeführt. Es geht hier letztendlich um Personen, die gewählt werden sollen.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Herr Jürgewitz, das will ich Ihnen gerade erklären, es mag vielleicht eine etwas ungünstige Formulierung sein „Wahlstimmberechtigter“, aber die freien Träger haben ihre Vertreter gewählt. Da haben wir gar keinen Einfluss drauf, wir stimmen nur noch diesen gewählten Vertretern zu.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:

Dann ist es hier aber eben falsch formuliert.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Es mag mit Sicherheit eine irreführende Formulierung sein. Ich habe aber versucht, die aufzuklären.

Keine weiteren Wortmeldungen

(Beschluss Antrag Jürgewitz - Überweisung in den Fachausschuss)

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 3 Ja-Stimmen (AfD) und 7 Enthaltungen (BD).

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Wahl von

Herrn Söhnke Helms
(Vertretung Frau Anna Marx)

Herrn Ralf Grothusen
(Vertreter Herr Sergej Strelow)

Frau Rebecca Philippi
(Vertreter Herr Marcelo Cardoso Mirassol)

Frau Maria Ülsmann
(Vertreter:in N.N)

Herrn Thorsten Büsker
(Vertreterin Frau von Glahn-Giesemann)

Herr Michael Baucks
(Vertreterin Frau Elke Diedrichsen)

als Mitglieder in Vertretung der anerkannten Träger der freien Jugendhilfe oder deren Zusammenschlüsse im Jugendhilfeausschuss beim Amt für Jugend, Familie und Frauen zu.

Der Beschluss ergeht bei 3 Nein-Stimmen (AfD) und 8 Enthaltungen (BD, Einzelstadtverordneter Lichtenfeld).

TOP 11 **Beschlussfassung über die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung (§ 59 GStVV)**

StVV - V 43/2023

TOP 11.1 **Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP zu Vorlage StVV-V 43/2023**

StVV - Ä-AT 1/2023

Stadtverordneter Prof. Dr. HILZ:

Wir legen Ihnen hier ein paar Änderungen zur bisherigen Geschäftsordnung vor. Aus unserer Sicht, die wichtigste, eine Veränderung im Bereich der Einwohnerfragestunde. Die wurde in der Vergangenheit häufig kritisiert, da einzelne Fragen nicht beantwortet wurden, wenn der Fragestellende nicht vor Ort war und mündlich vorgetragen hat. Zum Zweiten war uns die Situation des Fragenden vor dem ganzen Ausschuss oft als unangenehm zugetragen worden, deswegen haben wir mit dieser Änderung eine Veränderung vorgelegt, dass zukünftig auch Fragen beantwortet werden, die nicht mündlich vorgetragen werden, sondern dass man Fragen stellen kann, die dann schriftlich beantwortet werden zur nächsten Sitzung. Dazu soll die Frage ausschließlich an die Verwaltung, also den Ausschussvorsitzenden in diesem Falle gehen, denn Stadtverordnete sind immer ansprechbar für die Bürger und können immer direkt befragt werden. Das braucht nicht im Rahmen der Einwohnerfragestunde zu geschehen. Die

Einwohnerfragestunde soll dafür da sein, dass Bürger sich direkt an die Verwaltung wenden.

Außerdem sollen Mitglieder des Vorstandes und Mitglieder des Magistrats zukünftig grundsätzlich in geheimer Wahl gewählt werden. Wahlvorschläge dafür sollen zukünftig eine Stunde vor Sitzungsbeginn vorliegen und den Stadtverordneten bekannt gegeben werden, damit man sich im Vorfeld einer Sitzung auch noch informieren kann, bevor man zur Wahl schreitet.

Als Vorletztes haben wir die Anpassung an die Satzung des Migrationsrates eingearbeitet, die wir in der letzten Sitzung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses zur Kenntnis genommen haben.

Als Letztes haben wir dem Jugendparlament als ständigen Gast in allen Ausschüssen einen Sitz eingeräumt, oder wir schlagen vor, sie dort mit beratender Stimme aufzunehmen.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:

Zunächst einmal möchte ich einen Änderungsantrag stellen zu dem hier bereits vorliegenden Änderungsantrag. Wir möchten, dass § 2 der Geschäftsordnung dahin gehend geändert wird, dass der Vorstand nur noch aus drei Personen bestehen soll. Bisher sind es sechs. Warum? Aus der Vergangenheit haben wir eigentlich erkennen können, dass sechs zu viel sind, weil eigentlich völlig ausreichend waren. Zudem wurde heute ja auch bewiesen, dass man auch mit weniger als sechs auskommen kann, weil eine Position gar nicht erst besetzt wurde und somit auch letztendlich Kosten eingespart werden können, wenn man nur drei hat.

Dann beantragen wir Einzelabstimmung über die einzelnen Punkte, die einzelnen Paragraphen, also Punkte 1 bis 9, § 14 bis 44 jeweils, weil wir uns dazu entsprechend unterschiedlich verhalten werden. Beispielsweise werden wir den Punkten, die sich mit dem RaM beziehungsweise jetzt mit dem Migrationsrat befassen, nicht zustimmen, weil wir diesen RaM für unnütz gehalten haben, was er hinlänglich bewiesen hat. Der Migrationsrat, der Nachfolger des RaM wird hier nichts anderes leisten, als der RaM geleistet hat, nämlich nichts. Gleiches sehen wir auch bei dem Jugendparlament, auch dieses ist aus unserer Sicht unnötig. Es gibt hier die Stadtverordnetenversammlung, wir hier, die 48 gewählten Vertreter vertreten diese Stadt, da brauchen wir nicht irgendwelche Sonderparlamente, ob das nun ein Migrationsausschuss ist oder ein Migrationsrat oder ein Stadtjugendparlament oder weiß der Geier, was da noch alles kommen mag, was Sie sich noch alles einfallen lassen. Begrenzen wir auf das, was gewählt ist durch die Bevölkerung, das ist die Stadtverordnetenversammlung.

Stadtverordnete COORDES:

Wir finden einige Punkte aus der Veränderung durchaus in Ordnung, aber es gibt einen Kernpunkt, der uns nicht zur Zustimmung veranlassen kann.

Das ist die Reduzierung der Ausschüsse auf 10 statt 14. Die haben Sie in dem Änderungsantrag so formuliert. Also zunächst verstehe ich nicht, wie Sie überhaupt zu dieser Berechnung der Sitze kommen, denn Sie müssten doch eigentlich nach Wählerstimmen die Ausschusssitze berechnen und nicht nach Fraktionsstärke. Wir haben das mal durchgerechnet, wir würden dann auf ganz andere Ergebnisse kommen. Wir sind der Auffassung, dass wir in den Ausschüssen, die die fachliche Arbeit machen, die Vorlagen hier vorbereiten in Form von Anträgen, die sich inhaltlich mit ihren Themen beschäftigen und sie ja verwalten müssen, muss doch das Stimmbild der Bevölkerung abgebildet werden. Von daher können wir überhaupt nicht nachvollziehen, dass Sie die Ausschussgröße reduzieren.

Stadtverordneter TIMKE:

Zu Beginn einer jeden Legislaturperiode beraten und beschließen wir eine neue Geschäftsordnung, so auch heute. Die Geschäftsordnung ist ja erst mal eine trockene Materie, es ist aber das Regelwerk, dass die Spielregeln der Stadtverordnetenversammlung bestimmt. Grundlage für die Geschäftsordnung, die uns heute vorgelegt wurde, ist die Geschäftsordnung der letzten Legislaturperiode. Herr Prof. Dr. Hilz hatte eben darauf hingewiesen, es gibt einen Änderungsantrag der Koalition mit neun Punkten, auf die ich auch noch mal jetzt gesondert eingehen möchte. Denn Herr Prof. Dr. Hilz, Verbesserungen sind natürlich immer gut, gerade wenn es um juristische Feinheiten geht oder um grundsätzliche Verbesserungen dieses parlamentarischen Regelwerks. Aber Ihre Änderungen sind eben vielleicht gut gemeint, aber teils nicht gut gemacht.

Wir fangen mal mit der Ziffer 2 Ihrer Änderung an. Dort möchten Sie, dass Mitglieder des Vorstandes und Mitglieder des Magistrats künftig geheim gewählt werden. Also mein Verständnis von einer öffentlichen Stadtverordnetenversammlung ist zunächst erst mal die grundsätzliche Transparenz. Wenn ein Stadtverordneter in diesem Haus der Meinung ist, er möchte seine Wahl nicht öffentlich machen, dann kann er das beantragen und dann kann geheim gewählt werden. Ich halte nichts davon, dass wir jetzt in die Geschäftsordnung per se reinschreiben, dass geheim gewählt wird, denn damit nehmen wir jedem Stadtverordneten hier das Recht, frei zu entscheiden, ob er geheim oder öffentlich wählen will.

Kommen wir zur Ziffer 3 Ihrer Änderung. Da schlagen Sie vor, dass Wahlvorschläge bis eine Stunde vor dem Sitzungstag eingereicht werden. Das kann man machen, nur frage ich mich, wie Sie mit Wahlvorschlägen dann umgehen, die nach dieser Frist eingereicht werden. Stellen Sie sich vor, jemand macht einen Wahlvorschlag bis gestern Abend 23.30 Uhr und heute im Laufe des Vormittags wird dieser Wahlvorschlag aus irgendwelchen Gründen wieder nichtig. Dann wäre es nach Ihrer Formulierung nicht mehr möglich, hier was zu machen. Wollen wir uns so fesseln, wollen wir dann sagen: „Dann kann die Wahl nicht stattfinden.“? Das muss ja auch irgendwo geregelt werden. Dieser Punkt ist deshalb auch mit heißer Nadel gestrickt. Ihre Ziffer 7, Sie hatten das eben ausgeführt, finde ich ganz bemerkenswert, da sagen Sie, dass die Bürger dieser Stadt in den Ausschüssen nur noch Fragen an den Ausschussvorsitzenden richten. Ich finde, das ist ein Rückschritt der Demokratie, es ist ein Rückschritt in den Bürgerbeteiligungen in den Ausschüssen. Denn was bedeutet denn das? Jetzt stellen Sie sich vor, ein Bürger möchte ganz gerne im Verfassungs- und Geschäftsausschuss oder im Bauausschuss wissen, wie die einzelnen Parteien zu bestimmten Themen stehen, die ihm persönlich unter den Nägeln brennen. Er darf nun nicht mehr das Votum oder die Meinung der Abgeordneten im Ausschuss abfragen, sondern er ist gezwungen, an den Ausschussvorsitzenden heranzugehen, der ja eine ganz andere Meinung haben kann als beispielsweise die Stadtverordneten. Ich halte das nicht für fortschrittlich, Herr Prof. Dr. Hilz, ich halte das für rückschrittlich. Deswegen werden wir diesen Punkt auch ganz sicher ablehnen.

Es geht weiter, unter Ziffer 8 der Änderung schreiben Sie, dass Zusatzfragen bis zur nächsten Sitzung beantwortet werden. Auch das ist ein Rückschritt der Bürgerbeteiligung, denn ich will Ihnen das mal an einem kleinen Beispiel deutlich machen. Ein Bürger dieser Stadt möchte ganz gerne im Bauausschuss eine Auskunft haben, weil vor seiner Haustür eine Straße aufgerissen wird. Dann sagt der Ausschussvorsitzende: „Tut mir leid, ich kann Ihnen das nicht sagen, aber bis zur nächsten Sitzung.“ So, jetzt war das aber die Dezembersitzung oder meinetwegen die Juli-Sitzung und danach kommen sechs bis acht Wochen Freizeit, Ferien und der muss acht Wochen oder zehn Wochen warten, bis diese Frage beantwortet wird. Das kann doch nicht euer Ernst sein, dass ihr so was fordert. Deswegen möchten wir, und jetzt kommt der Änderungsantrag mit dem letzten Satz, möchten wir gerne mit einem Änderungsantrag erreichen, dass die Antwort auf schriftliche Nachfragen innerhalb von vier Wochen nach der Sitzung, in der die Antworten nicht erfolgt sind, den Bürgern zur Verfügung gestellt werden müssen. Also wir wollen hier eine zeitliche Begrenzung haben.

Stadtverordneter Prof. Dr. HILZ:

Frau Coordes, die Ausschüsse werden nach Höchstzahlen besetzt, das ist so, das sieht unsere Verfassung vor. Ich empfehle Ihnen Seite 16, § 41 Abs. 3, da steht das alles drin, dass sie nach D'Hondt besetzt werden, entsprechend der Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung. Wir haben gemeinsam als Koalition verschiedene Berechnungen durchgeführt. Dabei ist herausgekommen, bei einer Besetzung von zehn, haben wir einen hinreichend kleinen Ausschuss. Trotzdem sind die Mehrheiten dort entsprechend abgebildet, sodass die Koalition die Mehrheit hat, wie hier in der Stadtverordnetenversammlung.

Herr Timke, Sie haben gerade gesagt, jeder Stadtverordnete kann hier frei entscheiden, ob er geheim wählt oder nicht geheim wählt. Das ist nicht so. Wenn ein Stadtverordneter beantragt, dass geheim gewählt wird, müssen alle anderen Stadtverordneten auch geheim wählen, ob sie das wollen oder nicht. Deswegen ist das, was wir in den letzten acht Jahren, seit ich dieser Stadtverordnetenversammlung angehöre, immer praktiziert haben bei Vorstandswahlen und auch bei Magistratswahlen, haben wir die Mitglieder geheim gewählt. Das ist übrigens auch Usus so in anderen Parlamenten. Insofern, glaube ich, ist das hier in Ordnung, wenn wir das auch für unsere Stadtverordnetenversammlung in der Geschäftsordnung festschreiben.

Vorschläge vor der Wahl, ich glaube, wir sind trotz dessen, dass wir hier alle ehrenamtlich arbeiten, professionell genug, dass wir in der Lage sind als verschiedene Fraktionen Wahlvorschläge auch eine Stunde vor Sitzungsbeginn abzugeben. Die Tagesordnung ist eine Woche vorher für alle einsehbar, jeder weiß, wann gewählt wird. Und wenn ein Wahlvorschlag nicht eingeht, dann kann an dem Tag nicht gewählt werden, dann muss das vertagt werden. Das ist aber auch in anderen Räten und in anderen Landesparlamenten so üblich.

Zur Beantwortung der Einwohnerfragestunde, die Regelungen, dass bis zur nächsten Ausschusssitzung beantwortet ist, ist übernommen aus dem, was auch unsere Geschäftsordnung für die Fragestunde am Anfang der Stadtverordnetenversammlung vorsieht. Auch da sollte eigentlich der Magistrat direkt antworten. Kann er das nicht, ist er aufgefordert, bis zur nächsten Sitzung schriftlich zu antworten. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass kaum ein Magistratsmitglied diese Frist voll ausschöpft, sondern meistens kommt im Laufe der Zeit die Antwort schriftlich. Ich gehe davon aus, dass der Magistrat auch weiterhin bemüht ist, möglichst zeitnah den Einwohnerinnen und Einwohnern zu antworten. Aber spätestens dann bis zur nächsten Sitzung. Ich glaube, das ist eine Regelung, die sich in der Fragestunde hier bewährt hat. Deswegen können wir sie auch entsprechend für die Einwohnerfragestunde übernehmen. Es ist wirklich ein Vorteil, dass auch nicht gestellte Fragen trotzdem schriftlich beantwortet werden am Ende der Ausschusssitzung, sodass jeder, der fragt, zukünftig auch eine Antwort von der Verwaltung erhält.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Herr Hilz, was ist der Grund, Ausschüsse so klein machen? Ich bin fest davon überzeugt, die Diskussion, die im Ausschuss stattfindet, findet in der Stadtverordnetenversammlung nicht statt. Meistens werden auch hier ganz viele Anträge in Ausschüsse überwiesen. Da wird das diskutiert und behandelt, weil da auch fachliche Beratung verfügbar ist. In Ausschüssen lebt dann politische Arbeit, die politische Debatte ist richtig lebendig. Wenn Sie uns den Hintergrund der Verkleinerung nennen, den politischen Hintergrund, den fachlichen Hintergrund, würden wir vielleicht auch zustimmen. Aber so können wir das nicht annehmen.

Keine weiteren Wortmeldungen

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Beschluss (Änderungsantrag Jürgewitz - § 2 GOStVV Anpassung):
Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Änderungsantrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 3 Ja-Stimmen (AfD).

Beschluss (Änderungsantrag Timke zu Ziffer 8 im Änderungsantrag der Vorlage StVV - Ä-AT 1/2023):
Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Änderungsantrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 11 Ja-Stimmen (BD, AfD, Bündnis 90 / Die Grünen).

Beschluss (Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP zu Vorlage StVV-V 43/2023, Vorlage StVV - Ä-AT 1/2023 – Ziffer 1):
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die am 3. Dezember 2015 beschlossene Geschäftsordnung, zuletzt geändert durch Beschluss vom 22.09.2022, in der anliegenden Fassung mit folgenden Änderungen für die Wahlperiode 2023-2027 zu übernehmen:

1. Hinter §14 (4) wird folgender Absatz (5) neu eingefügt:
„(5) Wird Rederecht vom Migrationsrat in der Stadtverordnetenversammlung gefordert, bedarf es vorab eines mehrheitlichen Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung.“

Der Beschluss ergeht bei 3 Nein-Stimmen (AfD).

Beschluss (Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP zu Vorlage StVV-V 43/2023, Vorlage StVV - Ä-AT 1/2023 – Ziffer 2):
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die am 3. Dezember 2015 beschlossene Geschäftsordnung, zuletzt geändert durch Beschluss vom 22.09.2022, in der anliegenden Fassung mit folgenden Änderungen für die Wahlperiode 2023-2027 zu übernehmen:

2. § 27 (1) wird wie folgt neu gefasst:
„Mitglieder des Vorstands der Stadtverordnetenversammlung und Mitglieder des Magistrats werden in geheimen Wahlen gewählt. Andere Wahlen werden, wenn niemand widerspricht, in offener Abstimmung, sonst durch Abgabe von Stimmzetteln vollzogen. Für die Durchführung von Wahlen gelten die Vorschriften des § 34 der Stadtverfassung, soweit durch Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist.“

Der Beschluss ergeht bei 7 Nein-Stimmen (BD).

Beschluss (Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP zu Vorlage StVV-V 43/2023, Vorlage StVV - Ä-AT 1/2023 – Ziffer 3):

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die am 3. Dezember 2015 beschlossene Geschäftsordnung, zuletzt geändert durch Beschluss vom 22.09.2022, in der anliegenden Fassung mit folgenden Änderungen für die Wahlperiode 2023-2027 zu übernehmen:

3. In § 28 werden in Satz zwei das Wort „anwesende“ gestrichen und wird hinter „Ihre Namen werden mit Nummern versehen.“ Folgender Satz eingefügt:

„Wahlvorschläge sind spätestens eine Stunde vor dem festgesetzten Beginn des Sitzungstages der Stadtverordnetenvorsteherin oder dem Stadtverordnetenvorsteher in elektronischer Form zu übermitteln und in der Versammlung selbst vor Beginn der Beratungen anzuzeigen.“

Der Beschluss ergeht bei 10 Nein-Stimmen (BD, AfD) und 8 Enthaltungen (Bündnis 90 / Die Grünen, DIE LINKE, Einzelstadtverordneter Die PARTEI).

Beschluss (Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP zu Vorlage StVV-V 43/2023, Vorlage StVV - Ä-AT 1/2023 – Ziffer 4):

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die am 3. Dezember 2015 beschlossene Geschäftsordnung, zuletzt geändert durch Beschluss vom 22.09.2022, in der anliegenden Fassung mit folgenden Änderungen für die Wahlperiode 2023-2027 zu übernehmen:

4. In §35(2) Nr. 4 wird folgendes gestrichen:
„(§ 2 Absatz 4 RaM)“

Der Beschluss ergeht einstimmig.

Beschluss (Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP zu Vorlage StVV-V 43/2023, Vorlage StVV - Ä-AT 1/2023 – Ziffer 5):

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die am 3. Dezember 2015 beschlossene Geschäftsordnung, zuletzt geändert durch Beschluss vom 22.09.2022, in der anliegenden Fassung mit folgenden Änderungen für die Wahlperiode 2023-2027 zu übernehmen:

5. In §35 (3) wird „eine Vertreterin oder einen Vertreter des Rates der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger gehört und die betreffende Angelegenheit mit ihr oder ihm erörtert hat“ durch „den Migrationsrat angehört und die betreffende Angelegenheit mit ihm erörtert hat“ ersetzt

Der Beschluss ergeht bei 3 Nein-Stimmen (AfD).

Beschluss (Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP zu Vorlage StVV-V 43/2023, Vorlage StVV - Ä-AT 1/2023 – Ziffer 6):

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die am 3. Dezember 2015 beschlossene Geschäftsordnung, zuletzt geändert durch Beschluss vom 22.09.2022, in der anliegenden Fassung mit folgenden Änderungen für die Wahlperiode 2023-2027 zu übernehmen:

6. In § 41(2) wird das Wort „vierzehn“ durch das Wort „zehn“ ersetzt.

Der Beschluss ergeht bei 5 Nein-Stimmen (Bündnis 90 / Die Grünen) und 3 Enthaltungen (DIE LINKE, Einzelstadtverordneter Die PARTEI).

Beschluss (Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP zu Vorlage StVV-V 43/2023, Vorlage StVV - Ä-AT 1/2023 – Ziffer 7):

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die am 3. Dezember 2015 beschlossene Geschäftsordnung, zuletzt geändert durch Beschluss vom 22.09.2022, in der anliegenden Fassung mit folgenden Änderungen für die Wahlperiode 2023-2027 zu übernehmen:

7. §43 (1) wird wie folgt gefasst:

„Ein Ausschuss muss zu Beginn einer ordentlichen öffentlichen Sitzung Einwohnerinnen und Einwohnern die Möglichkeit einräumen, Fragen zu Beratungsgegenständen und anderen Angelegenheiten der Stadt zu stellen, soweit diese in seinen Zuständigkeitsbereich fallen. Die Fragen werden an die jeweiligen Ausschussvorsitzenden gerichtet. Die Fragestunde dauert maximal 60 Minuten. Die Fragestellerinnen und Fragesteller können die Antwort kurz sachlich kommentieren und an ihre Frage bis zu zwei Zusatzfragen anschließen, die sich auf den Gegenstand der ersten Frage oder die vorangegangene Antwort beziehen müssen.“

Der Beschluss ergeht bei 10 Nein-Stimmen (BD, AfD) und 1 Enthaltung (Einzelstadtverordneter Lichtenfeld).

Beschluss (Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP zu Vorlage StVV-V 43/2023, Vorlage StVV - Ä-AT 1/2023 – Ziffer 8):

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die am 3. Dezember 2015 beschlossene Geschäftsordnung, zuletzt geändert durch Beschluss vom 22.09.2022, in der anliegenden Fassung mit folgenden Änderungen für die Wahlperiode 2023-2027 zu übernehmen:

8. Nach §43 (2) wird folgender Absatz (3) neu eingefügt:

„(3) Anfragen und Zusatzfragen, die in der Fragestunde nicht beantwortet werden können, beantwortet der Ausschussvorsitzende oder die Ausschussvorsitzende schriftlich. Die schriftliche Antwort wird der Fragestellerin bzw. dem Fragesteller und den Ausschussmitgliedern bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses zugesandt.“

Der Beschluss ergeht bei 11 Nein-Stimmen (BD, AfD, Einzelstadtverordneter Lichtenfeld) und 1 Enthaltung (Bündnis 90 / Die Grünen).

Beschluss (Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und FDP zu Vorlage StVV-V 43/2023, Vorlage StVV - Ä-AT 1/2023 – Ziffer 9):

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die am 3. Dezember 2015 beschlossene Geschäftsordnung, zuletzt geändert durch Beschluss vom 22.09.2022, in der anliegenden Fassung mit folgenden Änderungen für die Wahlperiode 2023-2027 zu übernehmen:

9. Nach §44 (2) Nr. 3 werden folgende Nummern neu eingefügt:

„4. eine Vertreterin oder ein Vertreter des Migrationsrates

5. eine Vertreterin oder ein Vertreter des Jugendparlaments“

Der Beschluss ergeht bei 11 Nein-Stimmen (BD, AfD, Einzelstadtverordneter Lichtenfeld).

Beschluss (veränderte Vorlage):

Die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven wird wie folgt geändert:

1. Hinter §14 (4) wird folgender Absatz (5) neu eingefügt:

„(5) Wird Rederecht vom Migrationsrat in der Stadtverordnetenversammlung gefordert, bedarf es vorab eines mehrheitlichen Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung.“

2. § 27 (1) wird wie folgt neu gefasst:

„Mitglieder des Vorstands der Stadtverordnetenversammlung und Mitglieder des Magistrats werden in geheimen Wahlen gewählt. Andere Wahlen werden, wenn niemand widerspricht, in offener Abstimmung, sonst durch Abgabe von Stimmzetteln vollzogen. Für die Durchführung von Wahlen gelten die Vorschriften des § 34 der Stadtverfassung, soweit durch Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist.“

3. In § 28 werden in Satz zwei das Wort „anwesende“ gestrichen und wird hinter „Ihre Namen werden mit Nummern versehen.“ Folgender Satz eingefügt:

„Wahlvorschläge sind spätestens eine Stunde vor dem festgesetzten Beginn des Sitzungstages der Stadtverordnetenvorsteherin oder dem Stadtverordnetenvorsteher in elektronischer Form zu übermitteln und in der Versammlung selbst vor Beginn der Beratungen anzuzeigen.“

4. In §35(2) Nr. 4 wird folgendes gestrichen:

„(§ 2 Absatz 4 RaM)“

5. In §35 (3) wird „eine Vertreterin oder einen Vertreter des Rates der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger gehört und die betreffende Angelegenheit mit ihr oder ihm erörtert hat“ durch „den Migrationsrat angehört und die betreffende Angelegenheit mit ihm erörtert hat“ ersetzt

6. In § 41(2) wird das Wort „vierzehn“ durch das Wort „zehn“ ersetzt.

7. §43 (1) wird wie folgt gefasst:

„Ein Ausschuss muss zu Beginn einer ordentlichen öffentlichen Sitzung Einwohnerinnen und Einwohnern die Möglichkeit einräumen, Fragen zu Beratungsgegenständen und anderen Angelegenheiten der Stadt zu stellen, soweit diese in seinen Zuständigkeitsbereich fallen. Die Fragen werden an die jeweiligen Ausschussvorsitzenden gerichtet. Die Fragestunde dauert maximal 60 Minuten. Die Fragestellerinnen und Fragesteller können die Antwort kurz sachlich kommentieren und an ihre Frage bis zu zwei Zusatzfragen anschließen, die sich auf den Gegenstand der ersten Frage oder die vorangegangene Antwort beziehen müssen.“

8. Nach §43 (2) wird folgender Absatz (3) neu eingefügt:

„(3) Anfragen und Zusatzfragen, die in der Fragestunde nicht beantwortet werden können, beantwortet der Ausschussvorsitzende oder die Ausschussvorsitzende schriftlich. Die schriftliche Antwort wird der Fragestellerin bzw. dem Fragesteller und den Ausschussmitgliedern bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses zugesandt.“

9. Nach §44 (2) Nr. 3 werden folgende Nummern neu eingefügt:

„4. eine Vertreterin oder ein Vertreter des Migrationsrates

5. eine Vertreterin oder ein Vertreter des Jugendparlaments“

Der Beschluss ergeht bei 9 Nein-Stimmen (Bündnis 90 / Die Grünen, AfD, Einzelstadtverordneter Die PARTEI) und 10 Enthaltungen (BD, DIE LINKE, Einzelstadtverordneter Lichtenfeld).

TOP 12 Beschlussfassung über die Sitzverteilung in den Ausschüssen und Besetzung der Ausschüsse (§ 41 VerfBrhv und § 41 GOStVV) - Tischvorlage

StVV - V 48/2023 - 1

Keine Wortmeldungen

Beschluss:

- I. Vorbehaltlich der Zustimmung zum Änderungsantrag Nr. StVV – Ä-AT 1/2023 sowie zu der Vorlage StVV-V 43/2023 beschließt die Stadtverordnetenversammlung die Sitzverteilung nach folgendem Proporz:

-	SPD	4 Sitze
-	CDU	3 Sitze
-	BD	2 Sitze
-	GRÜNE	1 Sitz
-	AfD	1 Sitz
-	DIE LINKE	1 Sitz
-	FDP	1 Sitz

Zusätzlich erhalten die Einzelstadtverordneten Baumann-Duderstaedt und Lichtenfeld in bis zu vier Ausschüssen einen weiteren Sitz.

- II. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Besetzung der Ausschüsse entsprechend der Vorschläge der Fraktionen und Einzelstadtverordneten wie folgt:

(Sprecher/in jeweils in Fettschrift hervorgehoben)

1. Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten Bürgerbeteiligung

	Sitze	Namen
SPD-Fraktion	4	von Haaren, Hammann , Ruser, Viebrok
CDU-Fraktion	3	Kargoscha , von Twistern, Dertwinkel
BD-Fraktion	2	Timke , Brinkmann
Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN	1	Schiller
AfD-Fraktion	1	Jürgewitz
Fraktion DIE LINKE	1	Brand
FDP-Fraktion	1	Miholic

Einzelstadtverordneter Baumann-Duderstaedt (Die PARTEI)	/	/
Einzelstadtverordneter Lichtenfeld	/	/

2. Finanz- und Wirtschaftsausschuss

	Sitze	Namen
SPD-Fraktion	4	Allers , Busch, Caloglu, Hoffmann
CDU-Fraktion	3	Ventzke , Raschen, Milch
BD-Fraktion	2	Tiedemann , Brinkmann
Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN	1	Kaminiaz
AfD-Fraktion	1	Koch
Fraktion DIE LINKE	1	Secci
FDP-Fraktion	1	Prof. Dr. Hilz
Einzelstadtverordneter Baumann-Duderstaedt (Die PARTEI)	/	/
Einzelstadtverordneter Lichtenfeld	1	Lichtenfeld

3. Personal- und Organisationsausschuss*

	Sitze	Namen
SPD-Fraktion	4	Hammann, Kirschstein-Klingner , Ruser, Viet
CDU-Fraktion	3	Hilck , Kargoscha, von Twistern
BD-Fraktion	2	Tiedemann , Ax
Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN	1	Coordes
AfD-Fraktion	1	Jürgewitz
Fraktion DIE LINKE	1	Kocaaga
FDP-Fraktion	1	Freemann
Einzelstadtverordneter Baumann-Duderstaedt (Die PARTEI)	1	Baumann-Duderstaedt
Einzelstadtverordneter Lichtenfeld	/	/

* gleichzeitig BIT Betriebsausschuss

4. Ausschuss für Schule und Kultur

	Sitze	Namen
SPD-Fraktion	4	Batz, Busch, Czak (Schule) , Ruser (Kultur)
CDU-Fraktion	3	von Twistern , Kargoscha, Ventzke
BD-Fraktion	2	Schuster , Brinkmann
Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN	1	Zeeb
AfD-Fraktion	1	Schäfer
Fraktion DIE LINKE	1	Kocaaga
FDP-Fraktion	1	Hilz
Einzelstadtverordneter Baumann-Duderstaedt (Die PARTEI)	1	Baumann-Duderstaedt
Einzelstadtverordneter Lichtenfeld	/	/

5. Bau- und Umweltausschuss

	Sitze	Namen
SPD-Fraktion	4	Allers , Hammann, Kirschstein-Klingner, Ofcar
CDU-Fraktion	3	Raschen , Önal, Milch
BD-Fraktion	2	Tiedemann , Baltrusch
Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN	1	Kaminiaz
AfD-Fraktion	1	Schäfer
Fraktion DIE LINKE	1	Secci
FDP-Fraktion	1	Miholic
Einzelstadtverordneter Baumann-Duderstaedt (Die PARTEI)	1	Baumann-Duderstaedt
Einzelstadtverordneter Lichtenfeld	/	/

6. Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung

	Sitze	Namen
SPD-Fraktion	4	Batz , Caloglu, Ruser, Wittig
CDU-Fraktion	3	Önal , Hilck, Köhler-Treschok
BD-Fraktion	2	Schuster , Schumacher
Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN	1	Coordes
AfD-Fraktion	1	Koch
Fraktion DIE LINKE	1	Secci
FDP-Fraktion	1	Freemann
Einzelstadtverordneter Baumann-Duderstaedt (Die PARTEI)	/	/
Einzelstadtverordneter Lichtenfeld	/	/

7. Gesundheitsausschuss

	Sitze	Namen
SPD-Fraktion	4	Batz, Caloglu, Hoffmann , Wittig
CDU-Fraktion	3	Dertwinkel , Steinbach, Raschen
BD-Fraktion	2	Tiedemann , Schumacher
Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN	1	Giesecking
AfD-Fraktion	1	Koch
Fraktion DIE LINKE	1	Brand
FDP-Fraktion	1	Freemann
Einzelstadtverordneter Baumann-Duderstaedt (Die PARTEI)	/	/
Einzelstadtverordneter Lichtenfeld	/	/

8. Ausschuss für öffentliche Sicherheit*

	Sitze	Namen
SPD-Fraktion	4	Batz, Hoffmann, Kirschstein-Klingner , Ofcare
CDU-Fraktion	3	Milch , Köhler-Treschok, Steinbach

BD-Fraktion	2	Timke , Schumacher
Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN	1	Schott
AfD-Fraktion	1	Jürgewitz
Fraktion DIE LINKE	1	Secci
FDP-Fraktion	1	Freemann
Einzelstadtverordneter Baumann-Duderstaedt (Die PARTEI)	1	Baumann-Duderstaedt
Einzelstadtverordneter Lichtenfeld	/	/

* gleichzeitig Betriebsausschuss „Rettungsdienst Bremerhaven“

9. Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen*

	Sitze	Namen
SPD-Fraktion	4	Czak , Ofcarek, Viebrok, Wittig
CDU-Fraktion	3	Köhler-Treschok , Hilck, Ventzke
BD-Fraktion	2	Ax , Baltrusch
Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN	1	Schiller
AfD-Fraktion	1	Schäfer
Fraktion DIE LINKE	1	Brand
FDP-Fraktion	1	Hilz
Einzelstadtverordneter Baumann-Duderstaedt (Die PARTEI)	/	/
Einzelstadtverordneter Lichtenfeld	/	/

* gleichzeitig Betriebsausschuss Helene-Kaisen-Haus

10. Ausschuss für Sport und Freizeit

	Sitze	Namen
SPD-Fraktion	4	Busch, von Haaren, Ofcarek , Viebrok
CDU-Fraktion	3	Steinbach , Önal, Dertwinkel
BD-Fraktion	2	Schuster , Ax
Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN	1	Schott

AfD-Fraktion	1	Schäfer
Fraktion DIE LINKE	1	Brand
FDP-Fraktion	1	Miholic
Einzelstadtverordneter Baumann-Duderstaedt (Die PARTEI)	/	/
Einzelstadtverordneter Lichtenfeld	1	Lichtenfeld

Der Beschluss ergeht einstimmig.

**TOP
13**

**Einrichtung einer 1,0 Stelle für eine:n hauptamtliche:n
Stadträtin/Stadtrat**

StVV - V 39/2023

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Bereits in meiner Rede zu TOP 4, der Änderung des Ortsgesetzes über die Zahl der Mitglieder des Magistrats in der Stadt Bremerhaven, habe ich den Standpunkt unserer Fraktion, dass zunächst die bestehenden Stellen zu besetzen sind, bevor wir aufstocken, klargemacht. Daher werden wir selbstverständlich die Schaffung dieser Stelle ablehnen.

Stadtverordnete COORDES:

Ich hatte in unserer Rede zum Ortsgesetz schon erläutert, wir haben uns dort enthalten, weil wir zwei geteilte Herzen haben. Den hauptamtlichen Stadtrat für Soziales ja und unbedingt. Wir hätten uns bei Gesundheit eine andere Zuordnung gewünscht, die den Haushalt dann weniger belastet hätte. Wenn sich die KOA jetzt entschlossen hat, dann werden wir das ja nicht verhindern können, einen hauptamtlichen Bereich Gesundheit, Klimaschutz zu schaffen. Ich habe in der Presse gelesen, dass Sie im Bereich Gesundheit diese Stelle hauptamtlich besetzen wollen – bis dahin teile ich das noch. Sie sagen, die Aufgaben in diesem Gebiet sind riesig groß, ja, das sind sie. Es gibt große Herausforderungen mit der Klinikreform und mit der Ärzteversorgung. Das wollen Sie angehen, das finde ich richtig. Wir haben in den Debatten der letzten Legislatur immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass wir einen Landesgesundheitsbericht haben. Ich habe wirklich den Eindruck, dass Sie das nicht so ganz ernstnehmen. In diesem Landesgesundheitsbericht wird ganz stark darauf hingewiesen, dass wir uns um das Thema Prävention und um das Thema Kindergesundheit kümmern müssen. Dass wir dort besser werden müssen. Dass wir die Schuleingangsuntersuchung, das klingt so harmlos und das ist so wichtig, sehr viel besser aufstellen müssen. Dass wir bei den U-Untersuchungen besser werden müssen. All das steht dort drin. Wir haben es beantragt, wir haben Anfragen gestellt, die auch Erkenntnisse geben. Aber es ist überhaupt nichts passiert. Unser Wunsch, unsere Bitte, Sie müssen auch das Thema Prävention und Kindergesundheit auf dem Schirm haben. Wenn Sie in der Prävention nicht zu Verbesserungen kommen, dann passiert das, worüber wir uns alle jetzt seit Monaten beklagen. Nämlich, dass wir im Schulsystem auch Probleme bekommen, weil wir Förderbedarfe nicht rechtzeitig erkennen. Und ich möchte, dass Sie das Thema Kindergesundheit auf dem Schirm haben, dass Sie die Präventionskette schließen, soweit es möglich ist. Dass Sie wirklich in allererster Linie gucken, wie können, solange wir keine Kinderärzte in ausreichender Anzahl hier haben, wie können wir das trotzdem schaffen.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:

Ich hatte ja in der eingehenden Sitzung schon sehr ausführlich zu der Thematik Stellung bezogen, deswegen jetzt nur noch ein paar Sätze dazu.

Ich sagte ja schon, es ist ein schlechter Witz, hier weitere Stellen an höchster Stelle des Magistrates zu schaffen und es dem Bürger billig zu verkaufen. Genauso wie Sie das hier in der Vorlage 50/2023 gemacht haben und versuchen. Sie schreiben dort: „Allenfalls Mehrkosten in 2023 in Höhe einer Monatsbesoldung in Höhe von 10.000 € entstehen.“ Ja, klar, für 2023. Das schreiben Sie so rein, Sie schreiben aber nicht rein, dass ab 2024 eben für zwölf Monate und auch danach Jahr für Jahr, jeden Monat 10.000 € zusätzlich erforderlich sein werden. Dann schreiben Sie weiter in der Vorlage: „Aber die genauen finanziellen Auswirkungen lassen sich noch nicht beziffern.“ Stimmt. Nach oben gibt es keine Grenzen bei Ihnen, das kennen wir ja schon. Denn Mitarbeiter, Büros, die Ausstattung und so weiter und so fort des Dezernates benötigt weiter viel Geld. Also diesen Vorschlag hier, diese Vorlage kann man nur ablehnen im Interesse der Bürger, im Interesse der Steuerzahler. Wir können sie nicht befürworten, um hier letztendlich in dem Parteienfilz, in dem wir uns befinden seit 75 Jahren, jetzt noch eine weitere Stelle im Magistrat zu schaffen.

Keine Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt zur Umsetzung der Koalitionsvereinbarung für die 21. Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung die Einrichtung einer 1,0 Stelle hauptamtliche:r Stadträtin/Stadtrat (Besoldungsgruppe B 6 BremBesO) im laufenden Haushalt 2023.

Der Beschluss ergeht 11 Nein-Stimmen (BD, AfD, Einzelstadtverordneter Lichtenfeld) und 7 Enthaltungen (Bündnis 90 / Die Grünen, DIE LINKE).

**TOP
14**

Sitzungstermine 2. Halbjahr 2023 (Tischvorlage)

StVV - V 51/2023

Keine Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die nachfolgenden Sitzungstermine zur Kenntnis:

Stadtverordnetenversammlung:
Mittwoch, 13. September 2023
Donnerstag, 30. November 2023

Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung
Dienstag, 1. August 2023
Donnerstag, 31. August 2023

Dienstag, 10. Oktober 2023
 Dienstag, 14. November 2023.

**TOP
15**

Verleihung der Ehrenbezeichnung Stadtältester

StVV - V 46/2023

Stadtverordneter RASCHEN:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister a.D. Bödeker, sehr geehrter Herr Stadtrat Bödeker a.D., Fraktionsvorsitzender Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU in der Bremischer Bürgerschaft und Vorsitzender des Landeshafenausschusses. Das war es jetzt mit der förmlichen Rede, lieber Paul. Eigentlich ist es für mich ein ungewohntes Bild, dich da hinten sitzen zu sehen, und nicht hier oder da, so wie ich das viele Jahre miterleben durfte. Du selber hast 46 Jahre die Politik in Bremerhaven und Bremen erfolgreich mitgestaltet. Dafür gebührt dir erst mal herzlichen Dank.

Ich möchte noch mal deinen Werdegang erwähnen. 1987 bist du das erste Mal Mitglied der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung geworden. 1995 wurdest du Vorsitzender der CDU-Fraktion, das war auch der Zeitpunkt, wo ich in die Stadtverordnetenversammlung eingezogen bin. Ich habe dann 20 Jahre gerne mit dir zusammengearbeitet und habe dieses Amt 2015 auch von dir übernommen. 2003 wurdest du Mitglied der Bremischen Bürgerschaft. Du warst Vorsitzender im Landeshafenausschuss, stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Und am 04.01.2016 hast du dein Mandat in der Bremischen Bürgerschaft niedergelegt, weil du vom 05.01.2016 bis November 2018 Bürgermeister und Kämmerer dieser Stadt gewesen bist. Danach hast du das Amt für Stadtrat für Sport und Freizeit übernommen. Bei all diesen Ämtern hast du wirklich viel Fleiß reingebracht, warst sehr engagiert und hast dich immer für die Belange deiner Bereiche eingesetzt, das bis zum letzten Freitag mit der Sportlerehrung hier im Schaufenster Fischereihafen, was, glaube ich, ein großer Erfolg gewesen ist. So für den Abschluss fand ich das eine gute Geste, dass du diese Veranstaltung leiten konntest.

Wir bedanken uns bei dir für dein sehr langes Engagement zum Wohle dieser Stadt. Das zeigt auch, wie viel Kraft man mitbringen muss, um diese Zeit zu überbrücken und solange dabei zu sein. Aber wer das möchte, kann das machen. Du hast es bewiesen, in 46 Jahren. Von daher haben wir als CDU-Fraktion den Antrag gestellt, dich zum Stadtältesten zu ernennen und dir ein Ehrensold auszahlen zu können. Wir wünschen dir jetzt alles Gute für den endgültigen Ruhestand. Dass du dein Leben genießen kannst auf dem Balkon, wo du ja so gerne eine Zigarre rauchst. In dem Sinne, herzlichen Dank für deine geleistete Arbeit. Ich habe immer gerne mit dir zusammengearbeitet. Bis dann.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:

So viel Vorschusslorbeeren, wir hatten ja noch gar nicht abgestimmt. Die AfD-Fraktion haben grundsätzlich ein Problem mit dieser Funktionsbezeichnung Stadtältester. Wir halten sie eigentlich für überflüssig, für überkommen. Auch im Wissen darum, dass wir, wenn wir einen solchen Anspruch hätten, auf eine solche Funktion, Sie uns hier nicht wählen würden. Das wissen wir genau, das haben wir ja heute wieder an anderer Stelle gesehen, werden wir trotzdem, sowohl bei Herrn Bödeker als auch bei Frau Reimelt zustimmen. Und zwar in diesem Fall aus gutem Grunde, weil wir als AfD-Fraktion weder mit Herrn Bödeker noch mit Frau Reimelt jemals ein ernstes Problem hatten. Wir haben die beiden Kollegen immer als anständig, auch uns gegenüber, empfunden. Dafür danke ich auch. Frau Reimelt ist

nicht da aber ich danke auch Herrn Bödeker für seine politische Laufbahn. Wir kennen uns ja schon aus den 90er-Jahren, ich war ja auch mal in der CDU. Schon aus der Vorzeit kannten wir uns sogar. Ich hatte immer einen positiven Draht zu Herrn Bödeker und kann auch nichts Schlechtes über ihn sagen. Das Gleiche gilt für Frau Reimelt. Wie gesagt, unabhängig davon, dass wir eigentlich diese Geschichte für etwas altmodisch und überkommen halten, werden wir mit Überzeugung in diesem Fall diesen beiden Personen zustimmen.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dem ehemaligen Stadtverordneten und ehrenamtlichen Magistratsmitglied Paul Bödeker die Ehrenbezeichnung Stadtältester zu verleihen und ihm einen Ehrensold zu gewähren sowie der ehemaligen Stadtverordneten Katja Reimelt die Ehrenbezeichnung Stadtälteste zu verleihen.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

**TOP
16 Anträge**

**TOP
16.1 Umbenennung der Karl-Marx-Schule in Stauffenberg-Schule (AfD)**

StVV - AT 5/2023

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:

Man muss sich wirklich wundern, über 30 Jahre nach dem Fall des Antifaschisten-Schutzwalles und des Staates, der sich dahinter auf Karl Marx berufen hatte, der Marxismus gescheitert ist, der aber im Namen des Marxismus ein Volk geknechtet und unterdrückt hatte, heißt im Westen, hier in Bremerhaven immer noch eine Schule nach dieser höchst zweifelhaften Person. Aber unsere Schulen sind Orte der Bildung, nicht nur der Wissensvermittlung und sollen einen Namen tragen, mit denen sich Schüler und Lehrer identifizieren können und der den Schülern ein Vorbild für ihr Leben zu geben, in der Lage ist.

Karl Marx ist als bekennender Antisemit, Rassist und antidemokratischer Vordenker einer Diktatur jedoch keine Figur, die geeignet ist, jungen Menschen als Vorbild zu dienen. Karl Marx äußerte sich in einem Brief an seinen Freund, Friedrich Engels, in dem er diesen als einen der Gründungsväter der SPD geltenden Ferdinand Lassalle rassistisch als „jüdischen Nigger“ beschimpfte und sich bewusst war, dass er vorsätzlich das schon damals eindeutig als abwertend verstandene Wort „Nigger“ jedoch nicht als wertneutralere „Neger“ verwendete. Er entmenslichte Lassalle weiter als „Vieh“ und schimpfte ihn als „Itzig“, abwertend auf Lassalles jüdische Abstammung verweisend. Weiter sudelte Marx, Zitat: „Es ist mir jetzt völlig klar, dass er, wie auch seine Kopfbildung und sein Haarwuchs beweist, von Negern abstammt, die sich dem Zug des Moses aus Ägypten anschlossen. Wenn nicht seine Mutter oder Großmutter von väterlicher Seite sich mit einem Nigger kreuzten. Nun, diese Verbindung von Judentum und Germanentum mit der negerhaften Grundsubstanz müssen ein sonderbares Produkt hervorbringen. Die Zudringlichkeit des Burschen ist auch niggerhaft.“ Zitat Ende.

Weiterhin hat Karl Marx seine antisemitische Grundeinstellung nie verleugnet. In seiner Frühschrift zur Judenfrage, schwurbelte er: „Welches ist der weltliche Grund des Judentums? Das praktische Bedürfnis, der Eigennutz. Welches ist der weltliche Kultus des Juden? Der Schacherer? Welcher ist sein weltlicher Gott? Das Geld.“ Zitat Ende. Solche Formulierungen, die uns heute, wie auch aus der übelsten Propagandaküche des Dritten Reiches anmuten und die Judenverfolgung in der späteren Sowjetunion zumindest begünstigen, stammen tatsächlich vom Namensgeber einer Schule in Bremerhaven. Auch noch im Kapital behauptete Marx: „Die Waren seien Geld innerlich beschnittener Juden.“ So zieht sich ein beunruhigender Antisemitismus durch sein Werk.

Ein solcher Antisemitismus und Rassismus ist vollkommen unerträglich und unsere Kinder sollten nicht dazu verleitet werden, zu einem solchen Menschen in Bewunderung aufzublicken. Auch sein antidemokratisches und auf die Errichtung einer Diktatur ausgerichtetes Werk, ist in keiner Weise dazu geeignet, die oben genannten Ziele zu relativieren. Stattdessen schlagen wir vor, die Schule in Stauffenberg-Schule nach Claus Schenk Graf von Stauffenberg zu benennen, einem Widerstandskämpfer, der für seinen Kampf gegen eine Diktatur sein Leben geopfert hat. In Bremerhaven gibt es eine gute Tradition, Schulen nach Widerstandskämpfern gegen totalitäre Systeme zu benennen, wie Carl von Ossietzky oder die Geschwister Scholl. Kindern kann so vermittelt werden, eigenverantwortlich über Tyrannei nachzudenken, diese zu erkennen und auf deren Beseitigung hinzuarbeiten. Setzen Sie heute ein klares Zeichen für eine demokratische Gesellschaft mit freiheitlichen Werten und gegen Antisemitismus und diktatorische Bestrebungen. Es gibt also viele Gründe, die Schule umzubenennen, machen Sie sich politisch sauber und stimmen Sie unserem Antrag zu.

Der Philosoph Peter Sloterdijk im November 2022 in der NZZ, der Neuen Züricher Zeitung, zu Deutschland als Heimat von Karl Marx, Zitat: „Deutschland ist die größte Exportnation von Irrtümern. Ideen, die aus Deutschland kommen, haben eine gefährliche Neigung zur Verwirklichung.“ Zitat Ende.

Stadtrat FROST:

Ich bin ganz froh, dass der Antrag heute noch beraten wird. Trotz eines gewissen Ungehaltens gegenüber Ihrem furchtbaren Beitrag, Herr Jürgewitz, und die offen erkennbare Freude darüber, hier mehrfach das N-Wort benutzt zu haben, bin ich Ihnen tatsächlich dankbar dafür, dass Sie den Antrag hier heute eingebracht haben und damit ein Ausmaß an Selbstoffenbarung kundtun, dass tatsächlich offensichtlicher nicht sein könnte.

Wir haben eine lange Sitzung hinter uns, die Eröffnung der Legislatur, wir haben eine Ansprache des Stadtverordnetenvorstehers gehört, sowohl Appell als auch Selbstverpflichtung, sich mit den tagtäglichen und den zukünftigen Problemen der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bremerhaven zu unterhalten. Unter allen Möglichkeiten, mit einem inhaltlichen Beitrag, mit einem inhaltlichen Antrag, diese neue Legislatur der Stadtverordnetenversammlung zu eröffnen, haben Sie sich seitens der AfD-Fraktion für die Umbenennung einer Grundschule entschieden. Bei allen anderen Fragestellungen, die man in Bremerhaven diskutieren kann, finde ich das wirklich außerordentlich bemerkenswert, was Sie für die tatsächlichen Probleme in dieser Stadt halten. Vielen Dank insofern für diese offenkundige Missachtung der tatsächlichen Herausforderungen der nächsten vier Jahre.

Ich hätte mich grundsätzlich sehr gefreut, muss ich sagen, wenn wir an dieser Stelle über die Karl-Marx-Schule und ihre hervorragende pädagogische Arbeit hätten sprechen können. Ihr Antrag ist ja schon ein bisschen älter. Zu dem Zeitpunkt, als Sie ihn eingereicht haben, feierten wir gerade das 50-jährige Jubiläum dieser Schule in Leherheide, inzwischen ist es das 51. Jahr, das diese Schule begeht. Gerade der Karl-Marx-Schule kann man überhaupt gar keinen Vorwurf machen in Sachen demokratischer Pädagogik, einer hervorragenden Integrations- und Stadtteilarbeit, die

sie eben seit 51 Jahren in Bremerhaven, Leherheide leistet. Dafür bin ich über die Maßen dankbar.

Zum Antrag, selbstverständlich, als Demokrat sehe ich es schon als meine Pflicht an, Herr Jürgewitz, die Zwietracht, die Sie hier säen möchten mit Ihrem Antrag, zu entlarven. Die überwältigende Mehrheit dieses Hauses und der Stadtgesellschaft weiß, wann immer und wo immer möglich, versucht die AfD, wir haben es gerade wieder gehört, den Menschen, die mit beiden Füßen auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen, die sich für Pluralismus einsetzen, zu diffamieren und zu spalten. Das haben wir auch heute gerade wieder gehört. Dass Sie sich dabei nicht scheuen, einzelne Bevölkerungsgruppen für Ihren Zweck zu instrumentalisieren, sehen wir auch an diesem Antrag.

Sie fordern genau das, was Sie anderen bei jeder Gelegenheit immer wieder vorwerfen unter dem Label Cancel Culture, diesmal geht es aber eben nicht um des vermeintlichen Verbots des öffentlichen Sagbaren, diesmal geht es darum, dass Sie einen Namen tilgen wollen. Es geht Ihnen aber nur sehr vordergründig um Karl Marx und in Wahrheit um etwas ganz anderes. Denn Ihre Fraktion, Herr Jürgewitz, misst mit zweierlei Maß und zeigt dabei am Ende ihr wahres Gesicht. Ich möchte Ihnen auch ein Zitat vortragen, vielleicht erkennen Sie es wieder, alle anderen können vielleicht einen kurzen Moment überlegen, von wem es stammen könnte. Das Zitat lautet folgendermaßen: „Eine totalitäre Praxis kehrt heute in deutsche Städte und Gemeinden zurück, die der „damnatio memoriae“, der Verurteilung, der Verdammung – der Auslöschung der Erinnerung. Wie einst Stalin die Namen politisch in Ungnade Gefallener aus den Geschichtsbüchern tilgte, sollen heute immer mehr Namen von Persönlichkeiten aus der deutschen Geschichte von den Schildern unserer Straßen, Plätze und Gebäude verschwinden.“ Zitat Ende. Herr Jürgewitz, von wem ist dieses Zitat? Straßenumbenennung, eine Handreichung der AfD-Bundestagsfraktion. Sie stehen im kompletten Widerspruch zu dem, was Ihre eigene Fraktion im Bundestag fordert. Wenn sie jetzt also gegen die offensichtliche Empfehlung Ihrer eigenen Partei, die Umbenennung einer Schule fordern, dann stellt sich doch wirklich ernsthaft die Frage, mit welchem Ziel, konkret in welcher Logik Ihrer Argumentation Sie das tun. Warum Sie sich eigentlich dann nur auf Karl Marx beziehen und sich auf ihn begrenzen? Warum haben Sie keine Debatte geführt zur Walter-Delius-Straße, zur Butenandt-Straße, zur Frenssenstraße, zur Porschestraße oder zum omnipräsenten Bürgermeister Smidt angestoßen? Allesamt Personen, die aus historischer Sicht heute kontrovers betrachtet werden müssen. Sie allerdings beziehen sich ausschließlich auf Karl Marx.

Ja, Marx fiel antisemitisch auf, aber das ist eben mitnichten so einfach, wie Sie es darstellen. Denn bei der Schaffenszeit von Marx reden wir über eine Epoche, in der der Antisemitismus gesellschaftlich weit verbreitet gewesen ist. Leider gäbe es neben Marx zahlreiche weitere Beispiele, auch großer Philosophen, Dichter, Politiker, Gelehrter, die sich wahlweise antisemitisch, rassistisch, homophob oder anderweitig menschenfeindlich geäußert haben. Marx ist ein Kind seiner Zeit. Das Problem, nicht nur seiner Zeit ist, dass der Antisemitismus zu einer Art Grundfeste des deutschen Nationalsozialismus geworden ist, verbreitet in allen Schichten der Bevölkerung, bis hinein in die gesellschaftlichen Eliten. Der Nährboden des Nationalsozialismus war eben nicht die antisemitische Haltung eines Einzelnen, auch nicht von Marx, sondern ihre tiefwurzelnde gesellschaftliche Verankerung, von der wir wissen, dass sie bis heute andauert. Insofern muss man festhalten, Namen kann man möglicherweise löschen, aber die Haltung hat man damit nicht besiegt. Als Demokratinnen und Demokraten sollten wir offen sein für einen kritischen Diskurs. So haben wir es, so hat es der Magistrat, so hat es auch die Stadtverordnetenversammlung in der Vergangenheit gehalten. Wir haben ein Gremium eingerichtet seinerzeit mit renommierten Expertinnen und Experten, vom Magistrat eingesetzt. Wir haben das Straßenverzeichnis im Hinblick auf Namensgeber aus der Zeit des Nationalsozialismus überprüft. Heute finden die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt erläuternde Zusatzschilder, auch an den von mir eben benannten Namen, um an diese historisch umstrittenen Personen zu erinnern und die Ambivalenz ihres

Wirkens darstellen zu können. Wir haben uns bewusst gegen das Tilgen von Namen entschieden. Wir haben uns dafür entschieden, die Ambivalenz von Biografien und der Zeit darzustellen, in der die Menschen verhaftet waren. So machen wir es auch mit Marx im Zusammenhang mit den schulischen Bildungsplänen, weil es immer nur darum geht, zu erkennen, dass Menschen geprägt sind von der Zeit, in der sie leben, gelebt haben. So halten wir es auch in Bezug auf die koloniale Vergangenheit Bremerhavens und die Darstellung am Denkmal Bürgermeister Smidt. Auch dazu wird es demnächst eine öffentliche Diskussion geben.

Leider muss ich sagen, dass Sie die Chance, sich diesem kritischen Diskurs anzupassen, verpasst haben und dass Sie damit auch die Chance verpasst haben, nachzuweisen, dass auch Sie in unserer gemeinsamen Zeit gelernt haben. Es ist Ihre Partei, die AfD, Herr Jürgewitz, aus deren Reihen die NS-Zeit mit ihren Verbrechen gegen die Menschlichkeit als „Fliegenschiss“ bezeichnet worden ist. Eine Partei, die sich mit dem Lernen schwertut, das haben wir verstanden. Die Holocaust-Gedenkstätte, als „Mahnmal der Schande“ wurde sie bezeichnet. Das alles haben wir sehr wohl gehört und wissen, das richtig einzuordnen. Genau deshalb werden wir uns auch nicht ausgerechnet von den Unbelehrbaren belehren lassen.

Stadtverordneter SCHUSTER:

Man kann immer über Namen streiten, es gibt immer wieder Für und Wider, sicherlich auch bei den Namen Karl Marx oder Stauffenberg. Da hat Herr Jürgewitz seine Meinung vorgetragen, unser Schulstadtrat Herr Frost hat eben etwas anderes dazu gesagt.

Ich wundere mich so ein bisschen, Herr Jürgewitz, warum Sie diesen Antrag hier in die Stadtverordnetenversammlung bringen und nicht gleich in den Ausschuss, wo er hingehört, nämlich in den Ausschuss für Schule und Kultur. Das ist immer so eine Sache. Da beschäftigen wir uns mit diesen Anträgen, die hier eigentlich gar nicht hingehören, sondern eher in die Ausschüsse. Wenn Sie sich ernsthaft mit der Schule, Karl-Marx-Schule beschäftigen, Herr Frost hat schon gesagt, diese Schule hatte Jubiläum und vor Kurzem erst eine Einweihung der neuen Mensa ja gehabt, dann habe ich Sie dort vermisst. Sie haben dort nicht teilgenommen.

Es machen sich sehr viele Eltern Gedanken, auf welche Schule sie ihre Kinder bringen. Ich weiß gar nicht, ob Sie wissen, wie viele Kinder auf diese Schule gehen, ob Sie sich damit schon mal beschäftigt haben. Ich glaube, dass Sie sich damit ein bisschen wenig beschäftigen. Mir ist bei Ihren Redebeiträgen aufgefallen, Sie haben nämlich davon gesprochen, ich zitiere mal eben: „Jugend, Frauen und Gedöns“, vielleicht hat das noch jemand im Kopf, also, „Jugend, Frauen und Gedöns“, Gedöns ist Familie. Herr Jürgewitz, das tut mir leid, dafür fehlt mir jedes Verständnis.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:

Ja, lieber Sascha Schuster, wenn du zugehört hättest, dann hättest du gehört, dass ich das in Bezug auf Kanzler Schröder gesagt habe, mit dem „Gedöns“, das stammt von Herrn Kanzler Schröder. Genauso war es von Schröder auch gemeint.

Herr Frost, was Sie hier gesagt haben, war sauschwach. Inhaltsschwach muss ich sagen. Sie beziehen sich hier auf Dinge, die ich gar nicht gesagt habe. Ich habe zur Arbeit der Karl-Marx-Schule überhaupt keine Stellung genommen. Ich habe überhaupt nicht bestritten, dass dort gut oder schlecht gearbeitet wird. Darum geht es hier auch gar nicht. Es geht einzig und alleine um den Namen, ob eine Schule in der heutigen Zeit in Bremerhaven so heißen sollte oder darf. Und das, was Sie gesagt haben über Marx, war nichts anderes als eine Verklärung. Sie haben das kleingeredet. Sie haben gesagt, das waren Jugendsünden, das war damals so, das war der Zahn der Zeit, also nicht so schlimm. Sie verklären damit, Herr Frost, den Antisemitismus. Das finde ich besonders schlimm, was Sie hier tun. Dann nehmen Sie Bezug auf den „Fliegenschiss“. Sie sind ja ein intelligenter Mensch, das bestreitet hier niemand, dann wissen Sie auch, wie das mit dem Fliegenschiss damals gemeint

war. Es war auf den Zeitraum bezogen und auf nichts anderes. Nehmen Sie das volle Protokoll, dann werden Sie es sehen. Das sind die zwölf Jahre, die damit gemeint sind und nicht das Inhaltliche. Das verklären Sie hier auch, Herr Frost. Das machen Sie bewusst und das machen Sie immer wieder.

Dann kommen Sie mir hier jetzt mit einer Postille der AfD zur Straßenumbenennung. Natürlich sind wir grundsätzlich dagegen, dass Straßen umbenannt werden. Aber wenn doch erkannt wird, dass aus welchen Gründen auch immer, in der Vergangenheit Straßen benannt worden sind, die heute auf keinen Fall mehr würdig sind, solche Namen zu tragen, dann sind auch wir als AfD selbstverständlich dafür, dass Entsprechendes umbenannt wird. Wenn Sie mir in der Vergangenheit zugehört hätten, dann hätten Sie auch gehört, dass ich gerade zum Smidt-Denkmal beziehungsweise zu Bürgermeister Smidt genau das in ähnlicher Form, was ich heute zu Marx sagte, auch schon gesagt habe. Nämlich dass auch Bürgermeister Smidt ein bekennender Antisemit war, auch in seiner Zeit, wie Sie das jetzt wieder verklären werden. Aber wenn Sie das so verklären in der jeweiligen Zeit, dann können Sie eigentlich alles entschuldigen. Alles, was in den letzten 2.000 Jahren irgendwo passiert ist. Das, Herr Frost, was Sie hier eben gesagt haben, war ehrlich gesagt dumm und völlig unter Ihrem Niveau.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 3 Ja-Stimmen (AfD).

TOP 17 Anfragen

TOP 18 Mitteilungen

TOP 18.1 Private Sicherheitsdienste für verhaltensauffällige Kinder? (BIW)

MIT-AF 12/2023 - 1

Stadtverordneter TIMKE:

Die BD-Fraktion hatte vor der Wahl noch unter dem Namen BIW eine Anfrage an den Magistrat gerichtet zum Thema „Private Sicherheitsdienste für verhaltensauffällige Kinder“. Hintergrund war, dass wir im Rahmen einer Bürgersprechstunde Hinweise erhalten haben, dass in dieser Stadt zumindest ein privater Sicherheitsdienst dafür eingesetzt wird, verhaltensauffällige Kinder tagsüber zu begleiten und nachts vor dem Zimmer zu sitzen. Wir konnten uns das nicht vorstellen und haben dann gesagt, da stellen wir eine Anfrage, nach welcher Rechtsgrundlage das eigentlich passiert. Ich will zunächst dem Magistrat mal für die ausführliche Beantwortung danken, wenngleich ich Zweifel an der Antwort habe.

Denn der Magistrat teilt in der Antwort zu Frage 2 mit, dass zu keinem Zeitpunkt Minderjährige durch Mitarbeiter:innen privater Firmen überwacht werden. Er verweist auf die Erläuterung zu Antwort 1. Da steht drin: „Ein Sicherheitsdienst im Einsatz bei

einem freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe begleitet und beaufsichtigt nicht die Kinder und Jugendlichen, sondern dient der Sicherstellung des Betriebes, der Vermeidung von Fremd- und Selbstgefährdung“, etc. pp. Dann muss uns ja der Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes, der in unserem Büro saß, eine besondere Geschichte erzählt haben. Also ich kann Ihnen sagen, wenn eine Person unser Büro aufsucht und sagt: „Ich habe ein Kind begleitet über Monate. Und bin tagsüber mit ihm von der Einrichtung rausgeschickt worden. Und es wurde gesagt: 'Du begleitest jetzt diesen Jungen und bewachst diesen Jungen. Und wo er hingehet, da gehst du auch hin. Und wenn er Schwierigkeiten macht, dann wirst du Maßnahmen durchführen. Und vor 18.30 Uhr kommt ihr bitte nicht wieder in die Jugendeinrichtung.' Und die Nachtschicht setzt sich dann vor seinem Zimmer hin und passt auf, dass dieser Minderjährige nicht rausgeht.“ Wenn dieser Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes mir noch den Namen dieses Begleiteten nennt und weiterhin mitteilt, welche Einrichtung das ist, die habe ich bewusst hier in der Anfrage nicht genannt, dann kann man natürlich der Auffassung sein, das ist alles erstunken und erlogen. Oder man kann der Auffassung sein, dass das, was hier in der Magistratsantwort steht, eben nicht der Wahrheit entspricht. Ich kann Ihnen schon mal ankündigen, dass wir diese Antwort genau überprüfen werden und dass diese Antwort auch noch mal Gegenstand hier in diesem Hause wird. Ich gehe erst mal davon aus, dass das, was uns mitgeteilt worden ist, der Wahrheit entspricht. Für mich ist ganz interessant, wer denn hier jetzt gelogen hat. Die Person, die bei uns war, der Magistrat oder vielleicht auch der freie Träger. Es kann ja sein, dass der Magistrat die Informationen nur falsch wiedergibt, beziehungsweise die falschen Informationen wiedergibt.

Stadtrat FROST:

Herr Timke, das kann ja nun wirklich so nicht stehen bleiben. Sie sind derjenige, der hier gerade behauptet, mehr zu wissen. Aber Sie legen dafür keine Beweise vor. Und das wäre doch jetzt interessant zu wissen, wenn Sie zur Klärung der Sachlage beitragen möchten, dann ist es doch ein Leichtes, dass Sie zum Telefonhörer greifen. Dann ist es Ihre Aufgabe, uns das mitzuteilen, die Möglichkeit hätten Sie bis heute gehabt. Sie hätten auch hier die Belege vortragen können, dann wäre die Stadtverordnetenversammlung sich völlig sicher darüber gewesen, über welchen Sachstand, welche Kenntnislage Sie verfügen. So bleibt es im Ungefähren, Sie äußern einen Verdacht, den Sie nicht belegen. Ich halte das für unlauter. Selbstverständlich sind wir zur Prüfung aller Vorgänge bereit, aber dann müssen Sie auch die Informationen beibringen.

Stadtverordneter TIMKE:

Also Herr Frost, jetzt haben Sie sich das ja ganz leicht gemacht. Ich möchte mal eins feststellen, die Stadtverordneten dürfen Anfragen an den Magistrat richten. Ich habe hier bewusst einige Informationen rausgehalten, weil ich auch nicht wusste, ob die Antwort eventuell im öffentlichen oder nicht-öffentlichen Teil gekommen ist. Wenn ich da schon alles reingeschrieben hätte, dann wäre es nämlich im nicht-öffentlichen Teil behandelt worden. Ich hatte eigentlich gehofft, dass das, was ich hier geschrieben habe, ausreicht, damit Sie eine sachgerechte Prüfung durchführen können. Es gibt da zwei Möglichkeiten. Entweder haben Sie nicht sachgerecht geprüft oder Sie wurden möglicherweise getäuscht. Das gilt es jetzt aufzuklären. Welche Information Sie von uns bekommen, das haben Sie nicht zu entscheiden. Aber Sie müssen die Anfrage sachgerecht beantworten. Das hier ist keine sachgerechte Antwort.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN schließt die Sitzung um 20:57 Uhr.

T. von Haaren
Stadtverordnetenvorsteher

Stadtverordnete:r

M. Jährling
Schriftführung

Entwurf